



# Geschäftsbericht 2018 bis 2022

Gewerkschaft der Polizei  
Bezirk Bundespolizei

# Inhalt

## Chronologische Rückschau

- 4 Der Startschuss:  
Das GdP-Jahr 2018 ab dem Delegiertentag
- 10 Wir werden gehört:  
Politische Gespräche der vergangenen Jahre
- 12 25 Jahre GdP-Bezirk Bundespolizei:  
Das Jubiläumsjahr 2019
- 23 Start in die „20er Jahre“:  
Das GdP-Jahr 2020
- 36 immer.da:  
GdP vor Ort
- 38 Neues Jahr, neuer Vorsitzender:  
Das GdP-Jahr 2021
- 48 Laufende Arbeit:  
Start ins GdP-Jahr 2022
- 50 Wir werden gesehen:  
Social Media-Beiträge der vergangenen Jahre

## Berichte

- 52 Finanzbericht
- 58 Bericht der Kassenprüfer
- 60 Bericht des Kontrollausschusses

## Aus dem Bezirk

- 64 Mitgliederentwicklung
- 66 Rechtsschutz
- 68 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 70 Bildungsarbeit

## HINWEIS!

Es war in den vergangenen Jahren nicht erforderlich, das Schiedsgericht einzuberufen, daher gibt es keinen diesbezüglichen Bericht.

## Impressum

Herausgeber:  
GdP-Bezirk Bundespolizei  
Forststraße 3a · 40721 Hilden  
Telefon: 0211 7104-0 · Fax: 0211 7104-555  
gdp@gdp-bundespolizei.de  
www.gdp-bundespolizei.de

Druck:  
WIRMachenDRUCK GmbH, Backnang

# Das Streben nach Mehr

Der vorliegende Geschäftsbericht anlässlich unseres 7. Ordentlichen Delegiertentags legt Zeugnis ab über unsere Arbeit in den vergangenen vier Jahren. Vieles haben wir in dieser Zeit erreicht. Man denke beispielsweise an das GdP-Seehofer-Programm für einen Laufbahnwechsel in den gehobenen Dienst nach § 18 BPolLV, bei dem mit Verfügung des Bundespolizeipräsidiums Ende 2021 bereits die nächste Runde der Feststellungsgespräche anstand. Oder die weitere Verbesserung der Ausstattung, die wir immer wieder mit viel Vehemenz und Nachdruck erreichen können. Oder – um ein drittes Beispiel in dieser langen Reihe an Erfolgen zu nennen – die zweifache Erhöhung der Polizeizulage, die wir 2020 und 2021 erreichen konnten.

Doch Sinn und Zweck unseres Wirkens ist die Veränderung hin zum Besseren, die Optimierung des Bestehenden. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter suchen immer nach Möglichkeiten die berufliche Gegenwart und Zukunft unserer Mitglieder noch besser, sicherer und fairer zu gestalten. Und so ruhen wir uns natürlich nicht auf dem bisher Erreichten aus, sondern streben nach Mehr. Sei es eine Änderung des Arbeitszeitrechts des Bundes, die längst überfällige Novellierung des Bundespolizeigesetzes, die weitere Verbesserung der Ausstattung oder der konsequente Ausbau von Wlan, mobilem Arbeiten und mobilem Lernen. Dieser unbedingte Wille zur Verbesserung gilt natürlich nicht nur für die Bundespolizei, sondern auch für den Zoll und das Bundesamt für Güterverkehr (BAG). So setzen wir uns beispielsweise weiterhin für die Bildung einer modernen Finanzpolizei im Kampf gegen Geldwäsche, Schmuggel sowie Finanz-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskriminalität ein. Und da un-

ser Einsatz für unsere Mitglieder natürlich nicht mit dem aktiven Dienst endet, kämpfen wir beispielsweise auch weiter dafür, dass die Polizeizulage endlich – wie im Koalitionsvertrag verankert – wieder ruhegehaltstauglich wird.

So vieles ist seit Gründung unseres Bezirks im Mai 1994 passiert, so sehr hat sich unser Bezirk seitdem weiterentwickelt. Gestartet sind wir mit 14.300 Mitgliedern, heute sind wir mit über 30.000 Mitgliedern der zweitgrößte Bezirk in der Gewerkschaft der Polizei. Wir sind sehr dankbar für das entgegengebrachte Vertrauen und dies ist für uns zusätzlicher Ansporn, bis zu unserem nächsten Delegiertentag in vier Jahren noch besser zu werden.



Andreas Roßkopf  
Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei



Foto: pixabay.com / moritz320

# Chronologische Rückschau Gewerkschaftliche Arbeit 2018 bis 2022

Kein Anspruch auf Vollständigkeit. Alle Angaben trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr.



# DER STARTSCHUSS...



## Präsent wo's brennt 6. Bezirksdelegiertentag

Der 6. Ordentliche Delegiertentag unseres GdP-Bezirks Bundespolizei fand im April 2018 unter dem Motto „Präsent, wo's brennt“ in Berlin statt. Rund 300 Delegierte und Gäste haben über die 200 Anträge diskutiert, die zuvor die Direktionsgruppen, die Bezirksgruppe Zoll, die Tarifkommission sowie die Personengruppen (Frauengruppe, Junge Gruppe und Seniorengruppe) eingereicht hatten. Die Anträge bilden die Basis für die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der GdP und sind gleichermaßen Arbeitsauftrag für den

geschäftsführenden Bezirksvorstand, der ebenfalls beim Delegiertentag neu gewählt wurde (v.l.): Roland Voss (weiteres Mitglied), Frank Buckenhofer (stellvertretender Vorsitzender), Jörg Radek (Vorsitzender), Martin Schilff (Schriftführer), Sven Hüber (stellvertretender Vorsitzender), Berthold Hauser (weiteres Mitglied), Andreas Roßkopf (weiteres Mitglied), Erika Krause-Schöne (stellvertretende Vorsitzende), Arnd Krummen (Kassierer). Nicht im Bild: Rüdiger Maas (stellvertretender Vorsitzender).





## Tarifverhandlungen

Unterm Strich die höchste Steigerung seit Jahren

4 | 18



Im April 2018 fand die dritte Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und VKA statt. Die Verhandlungen verliefen sehr langwierig. In den späten Abendstunden des dritten Verhandlungstages konnte schließlich ein gutes Ergebnis erzielt werden. An dieser Stelle auch noch einmal ein großer Dank an alle Kolleginnen und

Kollegen, die bei den Demonstrationen für die notwendige Durchschlagskraft gesorgt haben! Die Tarifvertragsparteien haben sich auf durchschnittlich 7,5 Prozent Lohnerhöhung bei 30 Monaten Laufzeit verständigt – unterm Strich die höchste Steigerung seit Jahren. Damit alle Beschäftigten in einem ausgegogenen Verhältnis von der Tarifierhöhung profitieren, haben sich die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, in dieser Runde alle Tabellenwerte gesondert zu betrachten und einzeln anzuheben.

## Junge Gruppe

Kampagne Kaufkraftausgleich

4 | 18

Der April wurde für die Junge Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei ein wichtiger Monat. Die Kampagne „Ihr braucht uns? Dann tut was! Her mit dem Ausgleich!“ fand ihren vorläufigen Höhepunkt: Eine durch die Junge Gruppe eingebrachte Petition wurde veröffentlicht.

Sowohl politische Kontakte als auch der Bundespolizeipräsident sowie die Präsidenten der Bundespolizeidirektionen wurden in diesem Zuge angeschrieben. Am Tag der Veröffentlichung fand zudem ein Gespräch mit Martina Stamm-Fibich, der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, statt.

Bereits im Vorjahr hatte die Junge Gruppe mit einer Postkartenaktion zum Thema bei vielen Kolleginnen und Kollegen offene Türen eingerannt und viel Anerkennung bekommen. Zur Veröffentlichung



der Petition ließ die Junge Gruppe wiederum Postkarten drucken, um die Mitglieder an den Dienststellen aufzurufen, die Petition zu unterstützen.

## Tarifbereich

Unständige Bezüge wurden ausgezahlt

5 | 18

Nach monatelangem Ringen der GdP konnten wir im Mai 2018 einen weiteren Erfolg verzeichnen. Die ausstehenden unständigen Bezügebestandteile von Tarifbeschäftigten wurden endlich ausgezahlt. Und: Die Beschäftigten erhielten außerdem, wie von uns

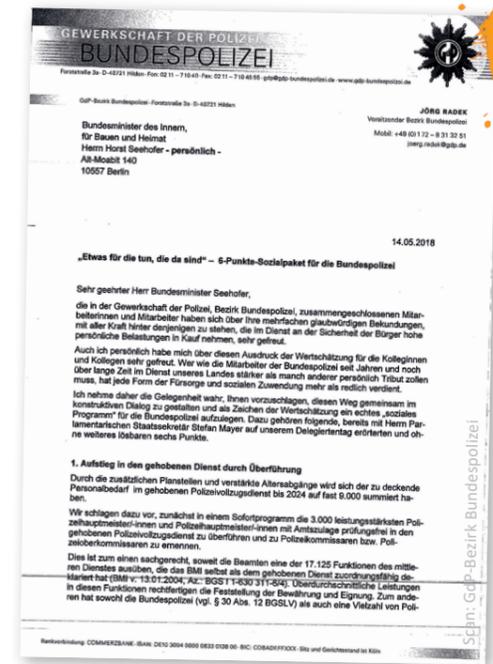
gefordert, Verzugszinsen. Da mitunter Beträge aus mehreren Jahren nachberechnet wurden, ließen sich in Summe auch die Verzugszinsen sehen! Wir freuen uns für alle Kolleginnen und Kollegen, die davon profitieren konnten.

## 6-Punkte-Sozialpaket

„Etwas für die tun, die da sind“

Unter dem Motto „Etwas für die tun, die da sind“ haben wir Bundesinnenminister Horst Seehofer im Mai 2018 aufgefordert, als Zeichen der Wertschätzung und der Anerkennung der besonderen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen ein soziales Programm für die Bundespolizei aufzulegen. Unsere Forderungen im Einzelnen:

1. Aufstieg in den gehobenen Dienst durch Überführung aus mD
2. Weitere Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit in operativen Polizeiverwendungen
3. Erstattung von zusätzlichen Betreuungskosten bei auswärtigen Einsätzen oder Übungen
4. Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
5. Sicherheitszulage für Beschäftigte der Bundespolizei
6. Kaufkraftausgleich in Hochpreisregionen



## Schutz vor Falschbetankung

Warnhinweis Dieselbetankung kommt

Seit Jahren hat der GdP-Bezirk Bundespolizei gefordert, dass im Sinne der Fürsorgepflicht des Dienstherrn ein Warnhinweis zur Dieselbetankung bei Dienstfahrzeugen der Bundespolizei angebracht wird, um Beamtinnen und Beamte vor einer möglichen Falschbetankung zu schützen. Im Oktober 2018 war es dann soweit: Solche Warnaufkleber sollen auf allen Dienstwagen, die über einen Dieselmotor verfügen,

angebracht werden. Auch bekräftigte die Gewerkschaft der Polizei gegenüber dem Dienstherrn die weitergehende Forderung nach Einbau eines Tankadapters in alle Diesel-Fahrzeuge der Bundespolizei, um in Zukunft jegliches Falschbetanken von vornherein auszuschließen.



10 | 18

## Aus- und Fortbildung

Diez als siebtes AFZ etabliert

Durch das unermüdliche Werben der Gewerkschaft der Polizei für einen Personalzuwachs bei der Bundespolizei wurden ab 2015 die Sicherheitspakete 1 bis 3 und damit über 18.000 Neueinstellungen bis 2023 Wirklichkeit. Aufgrund dieser Einstellungsoffensive wurden zusätzliche Aus- und Fortbildungszentren benötigt. So entstand nicht nur das AFZ Bamberg als sechster Standort, sondern auch die Außenstelle Diez, die dem AFZ Swisttal-Heimerzheim mit zugeordnet war.

Ursprünglich sollte der Standort Diez als Außenstelle lediglich für mehrere Jahre zur Ausbildungsunterstützung betrieben werden. Der GdP-Bezirk Bundespolizei forderte bereits bei Einrichtung der Außenstelle, dass hier perspektivisch ein weiteres AFZ angezeigt sei. Im November 2018 wurde durch das BMI nach Zustimmung des HPR entschieden, dass Diez als eigenständiges siebtes Aus- und Fortbildungszentrum dauerhaft erhalten bleibt.

11 | 18



2018 2019 2020 2021 2022

## Bundshaushalt 2019

### Neue Stellen, Entfristungen und Hebungen

11 | 18

Im November 2018 konnte die GdP einen großen gewerkschaftlichen Erfolg für die Bundespolizei verbuchen. „Seit Jahren kämpfen wir nicht nur für einen ordentlichen Stellenzuwachs in der Bundespolizei, sondern vor allem auch für eine Steigerung der Attraktivität für die Tarifbeschäftigten. Nun wird unser Einsatz belohnt“, sagte Jörg Radek, zu dieser Zeit Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei. Die wichtigsten Punkte noch einmal zusammengefasst:

Zusätzlich zu den mit dem Haushalt 2018 bereits beschlossenen 3.075 Stellen wurden für 2019 weitere 2.100 Stellen bei der Bundespolizei festgelegt. Damit erhielt die Bundespolizei in nur zwei Jahren über 5.000 neue Stellen. Am Ende der Wahlperiode im Jahr 2020 sollten es 12.500 sein. Darüber hinaus kamen die Koalitionsfraktionen dem Wunsch der GdP zur Entfristung der 249 grenz- bzw. bundespolizeilichen Unterstützungskräfte (BUK) in der Zentralen Bearbeitungsstelle für Fahrgelddelikte nach.

Außerdem wurde die Hebung von 1.000 Tarifstellen E5 / E8 sowie die Hebung von 40 Planstellen für Fachoberlehrer von A13g nach je 20 Stellen A13h und A14 beschlossen. „Damit ermöglichen wir den Verbleib der Stelleninhaber bei der Bundespolizei, durch eine vergleichbare Besoldung zu Lehrerstellen bzw. Stellen in den Kommunen“, so SPD-Haushaltspolitiker Martin Gerster.



## 100 Jahre Wahlrecht der Frauen in Deutschland

### Der 12. November 1918 war ein historischer Tag

11 | 18

Am 12. November 2018 war es genau 100 Jahre her, dass Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Dieses Recht, dass für uns heute selbstverständlich erscheint, musste gegen viele Vorurteile von Männern und auch von Frauen durchgesetzt werden. So wurde damals der Frau etwa verminderte Intelligenz unterstellt und auf Grund ihrer Gebärfähigkeit eine natürliche Bestimmung für den privaten, scheinbar politikfernen Bereich zugeschrieben. Frauen waren Menschen zweiter Klasse. Doch trotz der formalen Gleichberechtigung – im Artikel 3 des Grund-

gesetzes festgeschrieben – stoßen Frauen selbst mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts immer noch an eine „gläserne Decke“. Frauen sind in gesellschaftlichen Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft nach wie vor unterrepräsentiert. Das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen in den Parlamenten steigerte sich in den Jahren, aber leider nicht kontinuierlich. So lag der Anteil der Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag im Jahr 2018 lediglich bei 31 Prozent, obwohl 51,8 Prozent Wahlberechtigte Frauen sind.



## Seniorengruppe

### Hohe Seminarnachfrage

12 | 18

Ursprünglich waren für das Jahr 2018 insgesamt sieben Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ vorgesehen. Wegen der hohen Nachfrage wurde seitens des Bezirksvorstandes ein achttes Seminar bewilligt, welches im Dezember zur Durchführung kam. Für das Jahr

2019 wurden dann bereits von vornherein neun solcher Seminare geplant. Hinzu kam ein Seminar „Aktiv im Alter“. Da auch 2019 alle Seminare von einem Mitglied des Seniorenvorstandes begleitet wurden, nahm dieser bereits frühzeitig eine entsprechende Einteilung vor.



## Die Situation im Zoll im Jahr 2018

### Die Verbesserungen sind erkennbar, reichen aber bei Weitem nicht aus

Das Jahr 2018 war für den Zoll kein wirklicher Durchbruch. Dennoch sind Verbesserungen erkennbar. Noch im November 2017 hatte der Zoll ein aktuelles Personaldefizit von 6.000 zum bereits anerkannten Soll. Darüber hinaus fehlten weitere 5.000 Kolleginnen und Kollegen, weil viele Aufgaben selbst dann zu wenig Personal hätten, wenn sie ihr Soll erreicht hätten. Es fehlte genauso an ausreichend Kontroll- und Ermittlungskräften wie an weiteren Kräften in der Abfertigung, der Vollstreckung und der Betriebsprüfung. Darauf hatte die GdP seit Jahren nahezu gebetsmühlenartig immer wieder hingewiesen.

#### Deutlich mehr Stellen

Daher nutzte die GdP die Koalitionsverhandlungen, um ihre Forderungen entsprechend zu platzieren. Im Ergebnis gab es im Haushalt 2018 und den folgenden deutlich mehr Stellen, sodass der Zoll wenigstens auf das seit Jahren bereits anerkannte Soll nach und nach aufwachsen kann. Das ist sicher noch keine Stärkung des Zolls, sondern nur die Abkehr und Korrektur vom bisherigen Sparzwang aus dem vormaligen Hause Schäuble, die allerdings dringend Not tat.

Beamtenrechtlich sollte auch das Eingangsamt im mittleren Dienst A7 statt A6 sowie eine 50 Prozent-Planstellenobergrenze für die gebündelte Besoldungsstufe A9m/A9m+Z kommen. Auch das hat die Koalition zugesagt. Damit nähern wir uns step by step der angestrebten Augenhöhe, sind aber in zentralen Fragen noch weit von dieser entfernt. So zum Beispiel in der Aufnahme in das Bundespolizeibeamtengesetz (BPolBG) mit der wichtigen rechtlichen Folge der Einführung der besonderen Altersgrenze für die Pensionierung von 62 Jahren und die bundesweite Eilzuständigkeit. Richtig ärgerlich ist immer noch, dass die Koalition nicht an die untauglichen Strukturen im Zoll herangeht. Ohne die nötigen strukturellen Veränderungen laufen die in den Haushalten 2018 bis 2026 zuerkannnten Personalzuwächse ins Leere. Sie werden den Zoll weder effektiver noch effizienter machen und die Bekämpfung der Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkriminalität sowie der Geldwäsche, des Schmuggels und der Terrorismusfinanzierung dümpelt weiter vor sich hin. Irgendwann werden das noch vorhandene große Engagement und die Improvisationsfähigkeit der Zöllnerinnen und Zöllner nicht mehr

ausreichen, um den Zoll in der Erfolgsspur bei der Kriminalitätsbekämpfung zu halten.

#### Neuausrichtung nötig

Ohne eine strategische Neuausrichtung und Neuaufstellung in der Aufbau- und Ablauforganisation aller Vollzugsdienste laufen sämtliche angedachten Flickschustereien, wie sie für den Zoll bisher typisch sind, ins Leere. Das irre Konzept einer eierlegenden Wollmilchsau in Ausbildung und Organisation im Zoll wird weder einer modernen Finanzverwaltung noch einer modernen Sicherheitsbehörde gerecht. Es wird Zeit, dass der Zoll sich neu erfindet und in die Gegenwart kommt, um die Zukunft zu meistern. Dazu wollen wir als GdP auch in den kommenden Jahren unseren Beitrag leisten.

## Drei zentrale Ziele

Die Gewerkschaft der Polizei verfolgt seit Jahren im Hinblick auf den Zoll drei zentrale Ziele. Dazu gehört eine

#### sachgerechte Ausstattung

mit ausreichend Personal (Beamte und Tarif) und optimalen Sachmitteln, einschließlich einer modernen IT. Ein weiteres Ziel ist die

#### Bildung tauglicher Strukturen

durch die sachgerechte Bündelung aller vollzugspolizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste (Zollfahndung, Kontrolleinheiten und FKS) unter dem Dach des Zollkriminalamtes zu einer effektiven und effizienten Finanzpolizei. Und zu guter Letzt steht im Zentrum noch das zentrale Ziel,

#### vollzugspolizeiliche Beamte im Zoll beamtenrechtlich vollständig auf Augenhöhe zu bringen

im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei und im Bundeskriminalamt.

2018 2019 2020 2021 2022

# WIR WERDEN GEHÖRT

## Politische Gespräche

In den vergangenen Jahren hat der GdP-Bezirk Bundespolizei für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen umfassende politische Arbeit betrieben und war dazu im permanenten engen Austausch mit allen demokratischen Parteien. Hier nur einige wenige Impressionen der unzähligen Gespräche, die unsere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem Bezirksvorstand, aus den Kreis- und Direktionsgruppen sowie den Personengruppen geführt haben.



Foto: GdP / Gudrun Hoffmann

Foto: Torsten Hansen

Foto: GdP / Gudrun Hoffmann



## Meinungs- und Gedankenaustausch

### Runder Tisch zum Thema Kriminalitätsbekämpfung

1 | 19

Roland Voss, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei, nahm auf Einladung des BPOLP an einem Meinungs- und Gedankenaustausch zum Thema „Kriminalitätsbekämpfung“ teil, um unsere Vorstellungen und Ideen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu diskutieren.

In dem mehrstündigen Fachgespräch wurden zahlreiche Themen besprochen. Die GdP unterstrich ihre Rolle als stärkste und nach vorne orientierte Gewerkschaft und vereinbarte weitere Gespräche in allen für die Kriminalitätsbekämpfung wesentlichen Punkten.



Foto: GdP / Roland Voss

## Freisprechung bei den Tarifbeschäftigten

### Gratulation! Ihr habt's geschafft!

1 | 19



Foto: Monika Gnitke

## Langjähriger Einsatz zeigt Wirkung

### Stellenhebungen bei Fachschuloberlehrkräften

1 | 19



Foto: GdP-Direktionsgruppe Akademie

Der langjährige Einsatz der GdP für die Stellenhebungen von A 13g in A13 h und A 14h war erfolgreich. Möglich wurde dies erst durch den Einsatz der GdP-Vertreterinnen und -Vertreter in den Gremien des HPR und BPR, die den Haushaltsberichterstattung des Bundestages diese Thematik und zugleich Forderung der GdP erläuterten.

## Großer Erfolg für GdP und GdP-geführten BHPR

### Dienstvereinbarung zu Bodycam-Einsatz

Im Februar 2019 haben das BMI und der Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) die bundesweit erste Dienstvereinbarung zum Einsatz des digitalen Funkzubehörs Si 500, vereinfacht auch Bodycam genannt, in der Bundespolizei unterzeichnet. Darin sind Regelungen zum Schutz der Beschäftigten bezüglich der Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich der Datenauswertung und einer möglichen Leistungskontrolle festgelegt. Dafür hat die GdP sich von Anfang stark gemacht. Es war ein langer Weg zu dieser Dienstvereinbarung, da einige Akteure nicht von der Notwendigkeit des Mitarbeiterdatenschutzes überzeugt und zunächst dafür sensibilisiert werden mussten.

Wichtige Punkte der Dienstvereinbarung sind, dass die Mitarbeiter die Aufnahmedateien in einem „Quarantänebereich“ speichern können, der vor dem Zugriff Dritter gesichert ist. Die Dateien dürfen nicht zur Verhaltensüberwachung oder Leistungskontrolle durch Vorgesetzte genutzt werden, eine Nutzung für

verwaltungsinterne Ermittlungen ist untersagt. Auch darf der Datenbestand nicht nach biometrischen Gesichtspunkten nach bestimmten Mitarbeitern durchsucht werden.

Besonders wichtig: Bei der Herausgabe der Aufzeichnungen an Dritte müssen die Daten anonymisiert werden, also Gesichter und Sprachen dürfen nicht auf die Person rückschließen lassen. Das schützt vor identifizierenden Veröffentlichungen in sozialen Medien.



Foto: GdP / Roland Voss

2 | 19

## Teurer, aber nicht effektiver

### GdP Zoll zum neuen Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Im Februar 2019 wurde im Bundeskabinett der Referentenentwurf des Gesetzes zur Bekämpfung von Missständen am Arbeitsmarkt, illegaler Beschäftigung sowie von Kindergeld- und Sozialleistungsmisbrauch beraten. Grundsätzlich begrüßte die GdP den Vorstoß der Bundesregierung, die Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt deutlich stärker zu bekämpfen. Wir wiesen aber bereits in unserer Stellungnahme im Dezember 2018 darauf hin, dass der vorliegende Referentenentwurf dennoch insgesamt halbherzig gemacht ist und einige

schwere und teilweise sogar handwerkliche Fehler beinhaltet.

Der Vorsitzende der GdP-Zoll, Frank Buckenhofer, mahnte: „Wer die Kriminalität im Zuständigkeitsbereich des Zolls, wozu auch die auf dem Arbeitsmarkt gehört, wirksam bekämpfen und darüber hinaus die flächendeckende Zahlung des Mindestlohnes sichern will, muss vor allem die Strukturen des Zolls strategisch neu ausrichten und aufstellen. Ansonsten wird der Zoll teuer, aber nicht effektiver.“

2 | 19

## Erfolg für GdP

### Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen



Foto: Helmut Störmer

Bis in den Februar 2019 hinein fanden die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen in der Bundespolizei statt.

Insgesamt waren dort zu der Zeit 95 Schwerbehindertenvertretungen tätig. Bereits Ende Dezember 2018 wurde unser GdP-Vertreter Kai Abeln (Foto) zusammen mit 16 weiteren stellvertretenden Mitgliedern zur Bezirksschwerbehindertenvertretung gewählt.

2 | 19



2018 2019 2020 2021 2022

TOP  
THEMA

2 | 19

## Rahmenbedingungen bei Rückführungen

### GdP-Initiative zeigt Wirkung

Die Bedeutung von Rückführungsmaßnahmen in der Aufgabenerfüllung der Bundespolizei ist seit den 1990er Jahren stetig gestiegen. Die Politik spricht davon, die Anzahl der Rückführungen noch weiter zu erhöhen. Deutlich seltener wird allerdings über das „Wie“ gesprochen. Die Rahmenbedingungen für die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei, die Rückführungen und Abschiebungen auf der Straße, dem Luft- oder Seeweg durchführen, sind denkbar schlecht: Ungünstige Arbeitsbedingungen, schlechte Zeiteinteilung, Überstunden, Druck und kaum Anerkennung der eigenen Arbeit sind nur einige Punkte. Jahrelang hat sich weder das BMI noch die Polizeiführung ausreichend darum gekümmert.

Der GdP-Bezirk Bundespolizei mahnt bereits seit Langem an, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Denn: „Wenn man die Zahl der Rückführungen steigern möchte, dann darf man die Rückführerinnen und Rückführer nicht vergessen. Unser Credo lautet nicht ohne Grund: Keine Rückführungen um jeden Preis“, so unser damaliger Bezirksvorsitzender Jörg Radek.

Nach zahlreichen Gesprächen mit der Politik führte der GdP-Bezirk Bundespolizei daher im Dezember 2018 eine Arbeitstagung zu diesem Thema durch. Getreu dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ wurde zusammen mit Personenbegleitern der Bundespolizei ein Forderungskatalog erarbeitet, der sowohl der Politik als auch den Direktionen vorliegt. Und wie die Veröffentlichungen im Intranet zu Beginn des Jahres 2019

belegten, zeigten unsere gewerkschaftlichen Aktionen und unsere Beharrlichkeit Wirkung. Einige unserer Forderungen wurden zu diesem Zeitpunkt bereits umgesetzt.

Dazu zählen:

- Ausstattung mit Escort-Westen
- Keine Abzüge beim Tagegeld bei Erhalt von „Flugimbissen“
- Ausstattung mit Spuckschutzhauben
- Beschaffung von Gürteltaschen, Rucksäcken und Taschen
- Beschaffung von Kopfschutzhauben („Identitätsschutzhauben“)
- Ausstattung mit Kreditkarten
- Optimierung von Kommunikationsmitteln

Wir sind das ganze Jahr 2019 drangeblieben und haben zahllose Gespräche geführt. Ein weiterer beispielhafter Erfolg: Seit Inkrafttreten des BesStMG zum 1. Januar 2020 erhalten PBL nun für die Begleitung von Rückführungen auf dem Luftweg (rückwirkend zum 1. Januar 2019) eine Zulage – bei einer inner-europäischen Rückführung 70 Euro und außereuropäisch 100 Euro.



Titelbild DP: GdP

## Geplante Neustrukturierung der Bundespolizei See

### Zusammenlegung dank erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit ausgesetzt

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt plante 2019 eine Neustrukturierung der Bundespolizei See, die auch eine Reduzierung der Seeinspektionen von drei auf zwei Inspektionen „Nordsee“ und „Ostsee“ an den Standorten Cuxhafen und Warnemünde bedeutet hätte. Dank erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit wurde diese Zusammenlegung dann ausgesetzt.

Der Präsident der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt erhoffte sich von der Zusammenlegung Synergieeffekte und eine operative Stärkung der Einsatzkräfte. Die GdP-Direktionsgruppe Küste unterstützte die Argumente der Personalvertretungen.

Diese sahen weder eine einsatztaktische Begründung noch einen erkennbaren Mehrwert für eine Zusammenlegung. Auf GdP-Initiative schaltete sich schließlich auch die Politik ein und das zeigte Wirkung. Die behördliche Absicht erhielt einen Schuss vor den Bug.



2 | 19

## Internationaler Frauentag

### „WIR gemeinsam – für den fEINen Unterschied“



Den Internationalen Frauentag am 8. März 2019 hat der GdP-Bezirk Bundespolizei unter dem Motto „WIR gemeinsam – für den fEINen Unterschied“ mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen begleitet. Unsere Frauengruppe hat zudem eine zentrale Veranstaltung

im Lübecker Rathaus organisiert, bei der unsere stellvertretende Bezirksvorsitzende Erika Krause-Schöne, zuständig unter anderem für Gleichstellungspolitik, zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen konnte.



Fotos: GdP-Bezirk Bundespolizei (2)

3 | 19

## #gestaltenstattverwalten

### Junge Gruppe lebt den #zukunftsgeist

Im Rahmen eines eigens erstellten Seminarstrukturprogramms führte die Junge Gruppe im Februar und März 2019 zwei Tagungen durch, die die Grundlage für eine zukunftsorientierte gewerkschaftliche Arbeit bilden sollten. So gab es vom 19. bis 21. Februar 2019 das Seminar „Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit“. Dieses beinhaltete eine Fährfahrt von Kiel nach Oslo und retour. Hierbei wurden den Teilnehmenden Grundlagen zu gewerkschaftlichen Tätigkeiten nähergebracht und Informationen über die Organisation vermittelt.

Fast direkt im Anschluss leiteten Philipp Stock und Andreas Broska am 6. und 7. März 2019 die Nachwuchskräfte-Tagung in Berlin. Die Tagung stand unter dem Motto #gestaltenstattverwalten und begründete damit das interne Motto der Jungen Gruppe zur

dauerhaften und konstanten Generierung engagierter und leidenschaftlicher Nachwuchskräfte in der GdP. Als Gastredner konnten der damalige Bezirksvorsitzende Jörg Radek und Vorstandsmitglied Martin Schilff begrüßt werden.



Foto: Junge Gruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

3 | 19

## Beamtenversorgung

### Aufwertung der Kindererziehungszeiten

Die langjährige Forderung des DGB nach einer Aufwertung der Kindererziehungszeiten wurde von Bundesinnenminister Horst Seehofer aufgegriffen. Mit dem Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wurden 2014 die anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder mit der so genannten Mütterrente I von 12 auf 24 Mo-

nate erhöht. 2019 kam mit der so genannten Mütterrente II ein weiteres halbes Jahr dazu. Damit werden in der Rentenversicherung 30 Monate berücksichtigt. Dies entspricht 2,5 Entgeltpunkten. Der DGB hatte sich erfolgreich für eine Übertragung der Verbesserung auf die Beamtenversorgung eingesetzt, da hier für den Zeitraum vor 1992 eine andere Berechnungssystematik griff.

2018 2019 2020 2021 2022



## Jubiläum

### 25 Jahre GdP-Bezirk Bundespolizei

5 | 19

Im Mai 2019 bestand der GdP-Bezirk Bundespolizei seit 25 Jahren. Dieses Jubiläum wurde in einem Festakt am 28. Mai 2019 in Potsdam gewürdigt. Vor rund 150 Gästen und Weggefährten aus dem gewerkschaftlichen wie politischen Umfeld blickte Jörg Radek als Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei auf das vergangene Vierjahrhundert zurück. Fast alles, was heute selbstverständlich erscheint, geht auf eine Initiative oder Idee der Gewerkschaft der Polizei zurück. Selbst verwaltet und selbstbewusst vertritt der Bezirk die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Behörden, dem Parlament und der Politik. Und so ließ es sich Ex-Innenminister Otto Schily nicht nehmen, im Rahmen des Festakts in einem Grußwort an die Jahre seiner Amtszeit von 1998 bis 2005 zu erinnern.



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

## Mit Vernunft und Verstand

### Arbeitsgruppe Aus- und Fortbildung geht an den Start



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

Arbeitsgruppe eingerichtet. Die AG setzt sich zusammen aus den Kollegen Rüdiger Maas (stellvertretender

Mit Vernunft und Verstand die Aus- und Fortbildung (AuF) für die Zukunft gestalten. Unter diesem Oberbegriff wurde auf Ebene des GdP-Bezirks Bundespolizei eine

Vorsitzender Bezirk Bundespolizei), Andreas Roßkopf (damals Mitglied geschäftsführender Vorstand, heute Vorsitzender), Frank Tappe und Jan Best (Direktionsgruppe BPOLAK).

Die Arbeitsgruppe hat sich drei große Arbeitspakete geschnürt: Lehrpersonal, Rahmenpersonal, Anpassung der Infrastruktur. Schlagworte sind dabei Dienstpostenbewertung, Personalentwicklung, Entfristungen, Bereitstellung von Trainingstätten und deren Zustand. Für die Arbeitsgruppe steht eine spürbare Verbesserung für die Kolleginnen und Kollegen in der gesamten Aus- und Fortbildungsorganisation an erster Stelle.

7 | 19

## Bundespolizei See

### Ersatzbeschaffung der neuen Einsatzschiffe schreitet voran

Alle drei neuen Schiffe für die Bundespolizei See schwimmen im Sommer 2019 im Wasser. Während zwei Schiffe noch an der Ausrüstungspier der Werft lagen, hatte auf dem ersten Schiff, der „Potsdam“,

zu diesem Zeitpunkt bereits das Einfahrprogramm in Cuxhaven begonnen.



7 | 19



Foto: GdP / Rüdiger Maas

## JAV-Wahlen

### Sieg für GdP-Mitglieder

5 | 19

Die neugewählten Vorstände der Bezirks- und Hauptjugendauszubildendenvertretung sind alle GdP-Mitglieder. HJAV-Vorsitzende ist Skady Schulz (Auszubildende BPOLAK), ihre Stellvertreterin Saskia Schneider (Tarifbeschäftigte BPOLABT BBZ). Bei der BJAV übernimmt Eileen Sommer (Tarifbeschäftigte BPOLD H) den Vorsitz. Stellvertretender Vorsitzender ist Ibrahim Ramadan (Tarifbeschäftigter Ref.64 AST AFZ Bamberg).

## #gestaltenstattverwalten

### Zentrale Arbeitstagung der Jungen Gruppe

5 | 19

Unter dem Motto „Gestalten statt verwalten“ trafen sich Junge Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und des Zolls zur zentralen Arbeitstagung (ZAT) der Jungen Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei, um sich über die Zukunft ihrer Behörden auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Im Fokus standen die Themenbereiche Aus- und Fortbildung, Fragen der Ausstattung im Einsatz sowie die Attraktivität der Bundespolizei/Zoll als Arbeitgeber. Unter anderem forderte man eine moderne Aus- und Fortbildung, die die Attraktivität als Arbeitgeber steigert, aber auch berufliche Entwicklungschancen bietet. Insbesondere für Tarifbeschäftigte müssten schleunigst Fortbil-

dungsangebote geschaffen werden, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht an andere öffentliche Bedarfsträger zu verlieren, so die Junge Gruppe.



Foto: Sarah Stutzke



## „Etwas für die tun, die da sind!“

### Spitzengespräch mit Spitzenergebnis

Der 11. Juli 2019 war für die GdP ein „Spitzen-Tag“: Da fand ein Spitzengespräch in spitzen Gesprächsatmosphäre mit spitzen Ergebnissen statt. Horst Seehofer hat zum ersten Mal seit seiner Amtsübernahme ein Gespräch mit den Mitgliedern des Bundespolizeihauptpersonalrats (BHPR) in Berlin geführt. Und noch nie zuvor hatte ein Bundesinnenminister das Gespräch direkt am Tisch im Büro des BHPR-Vorsitzenden gesucht und geführt. Der Minister nahm sich sehr viel Zeit. So führten die BHPR-Vorstände Sven Hüber, Martin Schilff und Rüdiger Maas, die zugleich Mitglieder des geschäftsführenden GdP-Bezirksvorstands sind, mit ihm ein fast eineinhalbstündiges Gespräch im kleinen Kreis, in dem zunächst alle Ergebnisse vereinbart wurden, die danach im BHPR-Plenum bekanntgegeben und erläutert wurden. Die Ministerialverwaltung des BMI wurde dabei von der Bundespolizei-Abteilungsleiterin Dagmar Busch vertreten. Neben der Erläuterung des Vorhabens, die Bundespolizei um weitere 11.300 Stellen aufwachsen zu lassen, standen die Personalentwicklung, die Bau-, Liegenschafts- und Wohnraumsituation, die Frage der Wieder-

einführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Ausweitung der geplanten Sicherheitszulage auf die Tarifbeschäftigten und die Abschaffung der Kappung der Versorgungshöchstgrenze für aus dem Osten übernommene Bundespolizisten (Veränderung des § 55 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 b) BeamtVG) auf dem Programm. Als Zeichen der Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei kündigte der Minister an, als sogenannte „GdP-Seehofer-Initiative“ die 2.000 leistungsstärksten und erfahrensten Polizeihauptmeister der Bundespolizei nach einem Feststellungsgespräch in den gehobenen Dienst zu überführen – so wie seinerzeit beim § 30 Abs. 12 BGS LV.



Foto: Torsten Hansen

7 | 19





## Frauengruppe Warener Erklärung



Das Seminar „Deutschland, ein Einwanderungsland“ in Waren/M. bestätigte die Frauengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei einmal mehr darin, dass politische Bildung im dienstlichen Alltag zwingend dauerhaft für alle Beschäftigten der Bundespolizei, des Zolls und des BAG zu integrieren ist, um den fortschreitenden Strömungen, Einflüssen und Radikalisierungen jenseits unserer Wertebasis entschlossen entgegen treten zu können. Unser damaliger Vorsitzender Jörg Radek forderte zu diesem Zweck mehr politische Bildung für die Kolleginnen und Kollegen. Dieser Forderung schloss sich die Frauengruppe mit ihrer Warener Erklärung an. Weiterhin sollte



diese politische Bildung nicht allein durch Führungs- und Lehrpersonal aus den eigenen Reihen erfolgen, denn die Einbeziehung externer Bildungsträger hinterfragt das eigene Handeln und schafft Transparenz und Motivation.

7 | 19

## Gemeinsamer Erfolg für GdP und DGB Rechtsschutz Mehr Rente für ehemalige Volkspolizisten



Ehemalige Mitglieder der Deutschen Volkspolizei haben Anspruch auf eine höhere Rente. Wie die DGB Rechtsschutz GmbH im August 2019 auf ihrer Homepage mitteilte, haben mehrere Landessozialgerichte entschieden, dass auch das Verpflegungsgeld bei der Rente zu berücksichtigen ist und damit die bis dato gültige Praxis der Rentenversicherung für rechtswidrig erklärt. Im DDR-Rentenrecht existierten neben der gesetzlichen Rentenversicherung vier Sonderversorgungssysteme für bestimmte Staatsbedienstete, unter anderem das Sonderversorgungssystem für Bedienstete der Deutschen

Volkspolizei. Dieses Versorgungssystem war – wie die anderen Sonderversorgungssysteme auch – vollständig von der gesetzlichen Rentenversicherung abgekoppelt und ging auch über deren Leistungsumfang hinaus. Die Sonderversorgungssysteme gingen in mehreren Schritten in das Rentensystem der Bundesrepublik Deutschland über. Die ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Volkspolizei können deshalb heute zusätzliche Rentenansprüche auf der Grundlage ihres damaligen Verdienstes geltend machen. Rechtsgrundlage dafür ist das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG).

8 | 19

## Erfolg für unsere jungen Mitglieder BaL-Untersuchung abgeschafft

Das Ende einer ewigen Zitterpartie – die Regeluntersuchungen vor der Ernennung zum Beamten bzw. zur Beamtin auf Lebenszeit (sog. „BaL-Untersuchungen“) sind für die Bundespolizei abgeschafft. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte am 10. September 2019 einen

entsprechenden Erlass (Az.: B1 - 30101/1#10). Untersuchungen sollen seitdem nur noch anlassbezogen angeordnet werden, wenn im Einzelfall sehr begründete Zweifel an der gesundheitlichen Eignung der Probebeamtin bzw. des Probebeamten bestehen.

9 | 19



## Die Seniorengruppe informiert App „Beihilfe Bund“



Seit Mitte des Jahres 2019 können Beihilfeempfängerinnen und -empfänger, die über das BVA ihre Beihilfe berechnet und ausgezahlt bekommen, eine neue App benutzen.

Erstattungsanträge können mithilfe einer Smartphone-Anwendung gestellt werden. Man benötigt ein Smartphone mit dem Betriebssystem Android oder iOS. Weitere Informationen sind über das BVA oder die Beihilfestelle zu erfahren.

7 | 19

## Langjährige GdP-Forderungen aufgegriffen

### Das Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz (BesStMG)

Am 24. Oktober 2019 ist das BesStMG im Parlament verabschiedet worden. Das Gesetz verfolgt das Ziel, dem Besoldungs-, Umzugskosten- und Versorgungsrecht des Bundes und den geänderten Anforderungen an den öffentlichen Dienst gerecht zu werden. Seit Monaten hatte der GdP-Bezirk Bundespolizei das Gesetzgebungsverfahren begleitet. Dank unseres unermüdlichen Einsatzes griff der verabschiedete Entwurf einige bereits langjährige GdP-Forderungen auf, wie zum Beispiel:

- > Erhöhung der Polizeizulage um 40 % auf 190 Euro
- > Erhöhung des Auslandsverwendungszuschlags
- > Anhebung der Eingangssämter beim Zoll
- > Einführung einer Personalgewinnungsprämie
- > Einführung einer Kostenübernahme bei Nachhilfeunterricht für Kinder wegen Umzugs
- > Erhöhung der „Marinezulage“ um 40 % im maritimen Bereich von Bundespolizei und Zoll bei gleichzeitiger Streichung der Bordzulage. Damit ist auch die DuZ-Problematik beendet. Die Kolleginnen und Kollegen auf See bekommen nun ihre DuZ-Zeiten zu 100 % vergütet.
- > Einführung einer Zulage für Verwaltungsbeamte bei der Bundespolizei entsprechend der des BKA

- > Minister Seehofer nannte es eine Selbstverständlichkeit, dass die zuvor genannte Zulage für Verwaltungsbeamte auch auf die Tarifbeschäftigten übertragen wird.
- > Erhöhung der Anwärterbezüge im mD auf 1.268,99 Euro und im gD auf 1.511,86 Euro.
- > Die ursprünglich im Gesetzentwurf geplanten Einschränkungen beim Familienzuschlag 1 für Verheiratete waren zunächst vom Tisch – die Bundesregierung sah im BesStMG von einer Änderung ab.

Neben diesen zahlreichen positiven Effekten für die Beschäftigten in der Bundespolizei und beim Zoll bietet das BesStMG aber zugleich auch noch Verbesserungspotential. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sich zwei zentrale gewerkschaftliche Forderungen nicht wiederfinden: Das Wohl der Beschäftigten des Bundes sollte sich im gestalterischen Willen des Gesetzgebers ausdrücken. Leider geschah dies weder zur Frage der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage noch zur Frage nach der Kappungsgrenze nach § 55 BeamtVG. Verbesserungsbedarf sahen wir außerdem noch bei der Erschwerniszulagenverordnung (EZuV).



10 | 19

## Trennungsgeld, Umzugskosten, Urlaubsplanung... Erfolge der GdP-geführten Personalräte



**Trennungsgeld und Umzugskosten neu geregelt**  
Das BMI und der von der GdP geführte Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) haben das Wahlrecht zwischen Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung zu Gunsten der Beschäftigten neu geregelt. Mit Erlass des BMI vom 14. August 2019 (Az.: B 1 – 30203/1#1) kann nunmehr in der gesamten Bundespolizei die Umzugskostenzusage erst drei Jahre nach der Personalmaßnahme wirksam und bis dahin wahlweise Trennungsgeld bezogen werden (§ 3 Abs. 3 BUKG). Auf Antrag kann dieser Trennungsgeldbezug dann um weitere fünf Jahre auf insgesamt acht Jahre ausgedehnt werden (§ 12 Abs. 4 BUKG) – eine deutliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Hervorzuheben ist, dass die GdP-Personalvertreter erreichen konnten, dass auch die Tarifbeschäftigten in diese Regelung einbezogen werden. Die Regelung galt zunächst für alle Fälle, die bis zum 31. Dezember 2021 bewilligt werden, dann sollte über eine Fortsetzung entschieden werden.

**Erst Mehrarbeits- und Gleitzeitabbau, dann Urlaub?**  
Mit Erlass vom 31. August 2016 hatte das Bundesinnenministerium verfügt, dass bei Dienststellen mit gleitender Arbeitszeit vor der Beantragung von Erholungsurlaub und Gleittagen erst Mehrarbeit bzw. Überstunden abzubauen seien. Selbst bereits beantragter Erholungsurlaub könnte bei Vorhandensein von Mehrarbeitsstunden wieder storniert und durch Mehrarbeitsguthaben ersetzt werden. Später meinte das BMI, diese Einschränkung solle nur „bei drohendem Verfall des Erholungsurlaubs“ nicht angewandt werden. Das BMI hatte den BHPR nicht an dem Erlass beteiligt. Aus Sicht der GdP-Personalräte war die Anordnung auch deshalb rechtswidrig, weil sie zur Versagung eines gesetzlichen Urlaubsanspruchs geführt hätte. Der BHPR zog deshalb vor Gericht und setzte sich vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gegen das BMI durch. Das BMI hat daraufhin die betreffenden Verschlechterungs-Erlasse aufgehoben.

8 | 19





## Pausenabzug bei Krankheit, Urlaub oder Sonderurlaub



Das BMI hatte verfügt, dass bei Abwesenheit vom dienstplanmäßigen Dienst, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, Erholungsurlaub oder Sonderurlaub, die vorgesehene Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit rückwirkend nicht vorgenommen wird. Das Bundespolizeipräsidium hat diese Verwaltungsanordnung mit Verfügung vom 18. Oktober 2019 (Az.: 82 - 11 01 01 - 0028) in der Bundespolizei umgesetzt. So konnte

es sein, dass ein mehrtägiger Urlaub mit erheblichen Minusstunden zu Buche schlug. Die Folge waren zusätzliche Arbeitstage, nur um den gesetzlich zustehenden Erholungsurlaub nehmen zu können. Wir als GdP-Bezirk Bundespolizei sind sofort gegen diese Regelung vorgegangen. Das Thema hat uns auch in den Folgejahren weiter auf Trab gehalten. Auf unserer Homepage [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de) haben wir dazu immer wieder entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt, zum Beispiel einen Musterantrag auf Zeitgutschrift sowie einen Widerspruch gegen den Pausenbescheid.

Grafik: (c) pixabay / AbsolutVision | Bearbeitung: GdP-Bezirk Bundespolizei

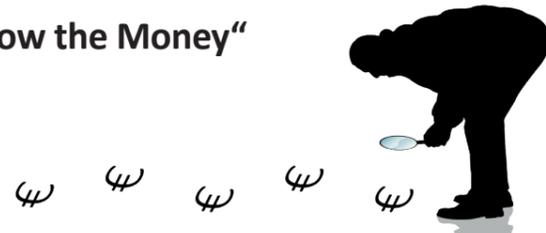
10 | 19

## Erfolgreiche GdP-Fachtagungen „Follow the Money“

### Organisierte Kriminalität bekämpfen

Unter dem Motto „Follow the Money“ veranstaltete der GdP-Bezirk Bundespolizei zusammen mit der Bezirksgruppe Zoll zwei Fachtagungen zur wirksamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zu Möglichkeiten technischer Forensik. Die Tagungen am 24. Oktober 2019 in Köln und am 28. November 2019 richteten sich an Polizei- und Zollbeamte im Bund und in den Ländern, Beamte der Steuerfahndung, Staatsanwälte und Angehörige der Wissenschaft und der Wirtschaft.

Triebfeder und Motiv Nummer Eins der Organisierten Kriminalität ist immer das große Geldverdienen. Milliarden inkriminierter Vermögen werden jährlich gewaschen



Grafik: pixabay.com / geralt

und danach entweder für neue Straftaten genutzt oder gewinnbringend in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf investiert. Immer gefährden und stören diese illegalen Vermögen empfindlich die Bürger, die Wirtschaft und den sozialen Rechtsstaat.

Darüber diskutierte die GdP im Rahmen der Fachtagung gemeinsam mit vielen Experten. Es wurden klare politische Forderungen aufgestellt und viel Wissen ausgetauscht.

11 | 19

## Bezirksfrauenvorstandssitzung

### Frauen stellen sich neu auf

Am 11. und 12. November 2019 tagte der Bezirksfrauenvorstand, vertreten durch 13 Teilnehmerinnen aus den Direktionsgruppen, in Berlin. Nach dem Rücktritt der ehemaligen Vorsitzenden Martina Braum formierte der Vorstand sich neu und schnürte einige Arbeitspakete. Bis zur nächsten periodischen Bezirksfrauenkonferenz 2021 wird die Frauengruppe arbeitsteilig durch das Vertreter-Quartett Sandra Seidel (DG Bundesbereitschaftspolizei), Sandra Neudert (DG Koblenz), Andrea Hornung (DG Mitteldeutschland) und Karin Dullnig (DG Hannover) vertreten. Katrin Arnold (BZG Zoll) ist weiterhin als Beisitzerin Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Zur Komplementierung erfolgte am zweiten Sitzungstag die Wahl einer weiteren Beisitzerin. Die Mehrheit der Stimmen erhielt Christina Bach aus der Direktionsgruppe Bayern, die die Wahl annahm.



Foto: Frauengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

11 | 19

20

## Haushaltsverhandlungen 2020

### Weniger fürs BMI, aber mehr für die Bundespolizei

Die GdP-Erfolge in den Haushaltsverhandlungen 2020 für warme Füße (7 Mio. Euro in den Jahren 2020 und 2021 für die Beschaffung von Winterstiefeln) und WLAN in allen Dienststellen (fast 1 Mio. Euro 2020) standen bereits nach unseren Gesprächen mit dem Haushaltsausschuss im September 2019 fest. Am 29. November 2019 hat der Bundestag dann schließlich den Gesamthaushalt für das Jahr 2020 beschlossen. Zwar konnte das Innenministerium demnach weniger ausgeben, die Bundespolizei erfuhr jedoch trotzdem deutliche Verbesserungen. So wurden die über 1,7 Mrd. Euro für die Modernisierung der Hubschrauberflotte tatsächlich finanziell hinterlegt. Somit konnte nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes in die konkreten Beschaffungsmaßnahmen einschließlich der Nachrüstung für die Waldbrandbekämpfung eingestiegen werden.

Zwar war die Forderungslage des GdP-Bezirks Bundespolizei, die Sven Hüber als Vorsitzender des Bundespolizeihauptpersonalrats und Judith Hausknecht als stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrats dem Haushaltsausschuss im Berichterstattungsgespräch am 26. September 2019 erläuternd vorgetragen haben, deutlich umfangreicher, jedoch waren auch im Personalhaushalt Verbesserungen enthalten. Allen voran ist in diesem Zusammenhang der gewerkschaftliche Erfolg zu nennen, dass 200 der vorhandenen kw-Vermerke (künftig wegfallend) für die Bundespolizeiunterstützungskräfte (BUK) gestrichen wurden – das bedeutet, dass bei Ausscheiden eines BUK die Stelle in der Bundespolizei verbleibt und für Neueinstellungen von Tarifbeschäftigten nutzbar ist. Weitere Verbesserungen im Personalhaushalt sind:

- 1.852 Planstellen für Beamtinnen und Beamte
- 298 Stellen für die Neueinstellung oder Entfristung von Tarifbeschäftigten
- 20 Hebungen für Fachschuloberlehrende von A13g nach A13h und A14

### Zukunftssicherheit hergestellt

Die GdP begrüßte, dass das BMI ermächtigt werden sollte, im Jahr 2020 zusätzliche 1.000 Anwärterinnen und Anwärter (vorgegeben waren 600 mD und 400 gD) einzustellen. Zunächst war angedacht, die Ausbringung notwendiger Planstellen erst im Bundeshaushalt 2023 zu entscheiden. Dies konnte durch eine GdP-Intervention erfolgreich abgewendet werden, denn nun wurde die Entscheidung wie folgt im Gesetz verankert: „Zur Übernahme zusätzlich ausgebildeter Anwärter/innen werden insgesamt 800 Planstellen des gehobenen Dienstes und 1.200 Planstellen des mittleren Dienstes in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 kegelgerecht in folgenden Tranchen bereitgestellt: Jeweils 400 Planstellen des gehobenen und jeweils 600 Planstellen des mittleren Dienstes.“ Damit war die Ausbringung von 2.000 Planstellen gesichert.

### Der „Bahnhofsbeschluss“

Aufgrund des Einsatzes des GdP-Bezirks Bundespolizei zum Arbeitsumfeld der Bundespolizei bei der Wahrnehmung bahnpolizeilicher Aufgaben hatte der Haushaltsausschuss einen eher ungewöhnlichen Beschluss gefasst, über den sich allerdings alle Bahnhofsstellen gefreut haben dürften. Der Haushaltsausschuss stellte in seinem „Bahnhofsbeschluss“ nämlich fest, dass er die Unterbringung von Bundespolizei zum Schutz der Personen und der Bahnhöfe als sogenannte „weiche Ziele“ direkt in den Liegenschaften der Bahnhöfe für unbedingt notwendig hielt. Er forderte deshalb das BMI auf, in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, dem BMVI und der DB AG zu prüfen, wie die möglichst flächendeckende Unterbringung der Bundespolizei innerhalb der Bahnhöfe gesichert und entsprechender Raumbedarf bei Um- und Neubau berücksichtigt werden könne. Dem Haushaltsausschuss war bis zum 26. Juni 2020 zu berichten.

## Generationenwechsel

### Neue Verantwortlichkeiten auf Direktionsgruppen- und Bezirksebene

Die große Pensionierungswelle in der Bundespolizei hat 2019 auch unsere Führungsgremien erreicht. Sowohl auf Bezirksebene als auch in unseren Direktionsgruppen gab es diverse Führungswechsel: Bei der DG Bundesbereitschaftspolizei hat Heinz Selzner an Steffen Ludwar übergeben. Bei der DG Präsidium folgte Ralf Steffenhagen auf Roland Braun. Bei der DG Hannover hat Martin Schilff

den Staffeln an Michael Ramsay weitergegeben. Die DG Berlin-Brandenburg wird nun nicht mehr von Manfred Kirchhoff, sondern von Lars Wendland geführt und bei der DG NRW folgte Jürgen Gerdes auf Jürgen Mießner. Bei der Beiratssitzung im November 2019 wurde Judith Hausknecht als Nachfolgerin von Berthold Hauser in den geschäftsführenden Bezirksvorstand gewählt.



11 | 19

11 | 19

21



## Die Situation im Bereich der Ausstattung im Jahr 2019

Steffen Ludwar erklärte, an welchen Themen 2019 gearbeitet wurde

Die Kreisgruppenvorsitzendenkonferenz im Mai 2019 hat zu diesem Thema eine eigenständige Arbeitsgruppe etabliert und diverse Punkte angesprochen. Martin Schilff als AG-Vorsitzender hat mit Unterstützung von Steffen Ludwar als im Bezirkspersonalrat tätigen Sachbearbeiter die dort aufgeworfenen Fragen geklärt. Neue Punkte aus der Arbeit an der Basis wurden aufgenommen und befanden sich in Bearbeitung. Dieser Zwischenbericht zum Ende des Jahres 2019 war aufgrund der Vielfältigkeit und Menge der Themen nicht abschließend, sondern auf das Wesentliche begrenzt.

### Woran 2019 gearbeitet wurde:

- > Einführung von Winterstiefeln
- > Beschaffung neue flammenhemmende Unterwäsche Winter
- > Ausstattung aller mit 2. P30-Magazin
- > Beschaffung ballistischer Einsatzschutzhelme und neuer Einsatzschutzhelme
- > Schutzausrüstung taktische Wechselhüllen VPAM 6 / VPAM 9 Platten
- > Neue Mitteldistanzwaffe
- > Trainingssysteme für MP5 (Laser / FX etc.)
- > Gewährleistung der vollständigen Ausstattung aller AnwärterInnen
- > Beschaffung ausreichender Anzahl von Festhaltgurten für Rückführungen
- > Einführung von Schnittschutzschal und Schnittschutzhaube
- > Einführung neuer Motorräder (KFZ 14)
- > Verbesserung aller Fahrzeugtypen in der Bundespolizei (Falschbetankungsschutz / Rückengerechte Sitze / LED-Licht / digitale Bedienelemente etc.)
- > Verbesserung der Körperschutzausrüstung
- > Einführung einer Fleecejacke
- > Gratis-WLAN in allen Dienststellen
- > Ausstattung PBL (Handschuhe, Rucksäcke, Kreditkarten etc.)
- > Tausch von Bekleidungsartikeln für ehemalige Selbsteinkleider (LHD)
- > Ausstattung BFHU / BFE+
- > Beschaffung Mobiler Entladekisten
- > Beschaffung neuer Motorradkleidung
- > Warnwetterschutzanzüge
- > Systemgestützte Wärmebild-Kfz
- > Bombenschutzanzüge für Entschärfer

- > Portable Wärmebildkameras
- > Neue Bademoden (Männer/Frauen)
- > Neue Socken / Thermosocken (Material, Funktion)
- > Einführung eines Wareshops zur Online-Auswahl von Bekleidungsartikeln im Intranet
- > Einführung eines Entlastungsgürtels
- > Einführung von Poloshirts
- > Unterziehschutzwesten für alle (es gibt noch immer Bereiche, in denen nicht alle über eine eigene UZSW verfügen)

Wie sich an dieser Ausführung erkennen lässt, ist das Portfolio sehr umfangreich. Wer einmal mit Beschaffung zu tun hatte, weiß, wie umfangreich diese Vorgänge und somit auch, wie dick die Akten sind. Die meisten dieser Stichpunkte sind Beschaffungsmaßnahmen, die nicht im Zeitraum eines Jahres abgearbeitet werden können. Einige Vorgänge ziehen sich über viele Jahre.

Im Folgenden einige Beispiele, die belegen, warum gerade auch im Bereich der Ausstattung der Einfluss einer Gewerkschaft einen so großen Unterschied macht: Eines der besten Beispiele ist die Beschaffung der **Winterstiefel**. Wenn die GdP das Thema nicht forciert und in die Politik getragen hätte, würde niemand darüber nachdenken. Doch so haben Politiker unsere Forderung aufgegriffen und im Haushalt 2020 zweckgebunden dafür Geld zur Verfügung gestellt.

Ein weiteres Thema ist das **Reservemagazin** für die Pistole P 30, dass von der Masse unserer KollegInnen gefordert wurde. Ohne den Druck der GdP würde niemand darüber verfügen können.

Als letztes Beispiel ist da der **ballistische Einsatzschutzhelm**. Dieser wurde bereits in einem Initiativantrag des GdP-geführten BPR im Oktober 2016 gefordert. Damals wurde er noch nicht als erforderlich angesehen. Der Initiativantrag wurde abgelehnt, aber wir sind trotz allem drangeblieben. Wir als GdP und im GdP-geführten BPR haben erfolgreich Druck zur Beschaffung aufgebaut. Der 2019 beschaffte Helm der Firma ULBRICHTS Protection (HOPLIT F1000-18.1H) erfüllt eine Vielzahl unserer Forderungen, sollte aber als Poolausstattung in den Interventionsfahrzeugen liegen. Das entsprach nicht unseren Vorstellungen, daher blieben wir wieder einmal dran, um mit der Dienststelle darüber zu reden.

## Zulage für Tarifbeschäftigte

Das fing ja gut an

Seit dem 1. Januar 2020 erhalten Tarifbeschäftigte ebenso wie Beamtinnen und Beamte beim BKA, bei der Bundespolizei und beim Zoll für die Dauer ihrer entsprechenden Verwendung eine monatliche Zulage:

70 Euro für Entgeltgruppe 1 bis 4 bzw. Besoldungsgruppe A 3 bis A 5

90 Euro für Entgeltgruppe 5 bis 9a bzw. Besoldungsgruppe A 6 bis A 9

110 Euro für Entgeltgruppe 9b bis 13 bzw. Besoldungsgruppe A 10 bis A 13

140 Euro ab Entgeltgruppe 14 bzw. ab Besoldungsgruppe A 14

Außertariflich neu eingeführt wurde zudem die Möglichkeit, die „Prämie für besondere Einsatzbereitschaft“ auch für Tarifbeschäftigte zu nutzen.



## Gewalt gegen Polizeibeschäftigte Brutale Angriffe in der Silvesternacht

Das Jahr 2020 stand leider auch im Zeichen von teils ausufernder Gewalt gegen Polizeibeschäftigte. Dies zeichnete sich bereits in der Silvesternacht ab. Die GdP verurteilte die brutalen, teils lebensgefährlichen Angriffe auf Einsatzkräfte aufs Schärfste. Diese blanke Gewalt,

die in der Silvesternacht besonders in Leipzig und Berlin, jedoch im Laufe des Jahres auch anderswo hierzulande deutlich wurde, sei weder nachvollziehbar noch durch irgendwelche politische Ideologien zu rechtfertigen, so unser damaliger Bezirksvorsitzender Jörg Radek.

## Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weitere Verbesserungen für Familien

Mit dem Starke-Familien-Gesetz und der Reform des Kinderzuschlags (KiZ) sind 2019 einige Maßnahmen getroffen worden, die schrittweise die finanziellen Leistungen für Familien mit kleinen Einkommen verbessern. Zum 1. Januar 2020 traten weitere Verbesserungen in

Kraft. Im Newsletter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt es die Möglichkeit, alle nötigen Informationsmaterialien des BMFSFJ zu bestellen. So können Familien einfach den eigenen Leistungsanspruch prüfen (<https://bit.ly/2uYkoeel>).



## SENIORENGRUPPE Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundespolizei

### Seniorengruppe

Lohnsteuerbescheinigung prüfen

In den ersten Monaten des Jahres werden von der Finanzverwaltung immer die Lohnsteuerbescheinigungen für das vorangegangene Jahr verschickt. Die Seniorengruppe gibt den Tipp, vor Einreichen der eigenen Steuererklärung immer vor allem die Ziffer 29 (Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu lfd. Nr. 8 – den Versorgungsbezügen) zu überprüfen. Im Jahr 2020 gab es nämlich einen

Fall, in dem einem pensionierten Kollegen circa 700 Euro vom Finanzamt nicht erstattet wurden, da im Feld 29 nichts eingetragen war. Das Versäumnis lag bei der Versorgungsstelle. Dort war der Betrag nicht eingetragen worden. Nach § 19 EStG ist dort die Bemessungsgrundlage in einem Betrag festzulegen. Dank der GdP-Seniorengruppe und mit Hilfe des Rechtsschutz hat der betroffene Kollege in der Folge jedoch eine korrigierte Bescheinigung erhalten, mit der beim zuständigen Finanzamt eine Nachberechnung mit einer Zahlung von sogar fast 900 Euro erwirkt werden konnte.





## „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“

DGB-Initiative mit GdP-Beteiligung

2 | 20

Die zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor sei nicht länger hinnehmbar, sagte Jörg Radek, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei, anlässlich des Starts der bundesweiten DGB-Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“. Die GdP unterstützt die Aktion, die sich für Respekt und sichere Arbeitsbedingungen einsetzt und

die Problematik in die Öffentlichkeit, die Dienststellen und in die Politik tragen will. Auf einem der Kampagnenmotive – dem hier abgebildeten – zu sehen: Bundespolizistin Sophie.



## Junge Gruppe

Bezirksjugendvorstandssitzung in Hilden

2 | 20



Am 11. und 12. Februar 2020 fanden sich die Delegierten der Jungen Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei

in Hilden zur Bezirksjugendvorstandssitzung zusammen. Themenschwerpunkte waren unter anderem die Personalratswahlen, die Social Media-Darstellung der GdP sowie die mögliche Erprobung eines Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) bei der Bundespolizei und das Thema Rückführungen. Außerdem gab es einen Rückblick auf das erfolgreiche Kiel-Oslo-Seminar im Januar. Auch über bestehende und künftige Kooperationen wurde gesprochen. Am zweiten Tag stand die Junge Gruppe-Kampagne zum Thema #Solidarität im Fokus. Weiteres Thema war die Mitgliederwerbung. Abschließend erfolgten noch die Berichte aus den Direktionsgruppen und eine Übersicht des Bildungsplans, bevor die Delegierten ihre Heimreise antraten.

## „Wider die moderne Sklaverei“

Fachtagung von GdP & IAQ

3 | 20

Mindestlohnverstöße, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zählen inzwischen längst zur organisierten Kriminalität. Die Schadenssummen erreichen mehrere Milliarden Euro. Dabei kämpft der Zoll mit einem Berg von internen Problemen, die Personalsituation ist angespannt, Ausrüstung und IT-Ausstattung sind technisch überholt. Die Probleme des Zolls öffentlich zu machen und die Beschäftigungsbedingungen in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zu verbessern waren Ziel einer hochkürtigen Fachtagung mit dem Titel „Wider die moderne Sklaverei“, die das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 5. März 2020 in Duisburg organisierte. Ein ausführ-

licher Bericht über die Fachtagung ist im Bezirksjournal Bundespolizei in der Deutschen Polizei 6/20 erschienen.



Foto: pixabay.com / skeeze

## „Denkzettel“

Internationaler Frauentag 2020

Die Polizei in Deutschland wird weiblicher. Der Anteil der eingestellten Polizistinnen an der jährlichen Gesamtbewerberzahl ist nach GdP-Berechnungen im vergangenen Jahrzehnt von 30 auf 38 Prozent gestiegen. Während 2010 nur knapp 2.300 Frauen eingestellt worden sind, waren es im vergangenen Jahr rund 6.300.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Frauengruppe die Entwicklung, dass sich Frauen und Männer mehr und mehr die Sorgearbeit, also die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, teilen. So könnten Mütter ihre eigene Erwerbstätigkeit wahrnehmen und die damit verbundene finanzielle Absicherung erreichen, sagte GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. Sie betonte: „Sorgearbeit ist nicht

nur Frauensache.“ Die GdP hat auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Aktionen rund um den Frauentag organisiert, um auf die nach wie vor ungleichen Bedingungen für Frauen und Männer aufmerksam zu machen. So plädiert die Frauengruppe beispielsweise auch für die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, damit mehr und mehr Frauen Führungsaufgaben übernehmen können. Das digitale Lernen müsse Einzug halten, um insbesondere Frauen von der Qualifizierung zur Führungskraft nicht auszuschließen.



3 | 20

## 20 Jahre „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Eine Erfolgsgeschichte feiert Jubiläum

Wenn man sich einen durchschnittlichen Lebensverlauf anschaut, stellt man fest, dass mit der Zeit mindestens drei größere Umbrüche stattfinden. Zunächst erfolgt der Wechsel vom Kindesalter zum Schulbeginn, danach der Wechsel in die Arbeitswelt und dann der Beginn des Ruhestands. Während die Schul-/Studienzeit und die Arbeitsphase meistens in von anderen bestimmten Bahnen abläuft, ist das beim Lebensabschnitt „Ruhestand“ nicht der Fall. In diesem Lebensabschnitt kommen viele Menschen zum ersten Mal in die Situation, dass sie tun und lassen können, was sie wollen. Und das nicht nur während einiger Stunden oder Tage, sondern für den Rest des Lebens. Ein Traum, den mancher schon lange vor Augen hatte. Aber ab und zu wird dieser Traum auch zum Alptraum. Diese Erkenntnis führte vor 20 Jahren in unserer Gewerkschaft zu den Überlegungen, unsere Kolleginnen und Kollegen bei dem Übergang in die Ruhestandsphase zu unterstützen. So entstand die Idee ein Seminar mit dem Namen „Vorbereitung auf den Ruhestand“ zu konzipieren. Bei der Konzeptionierung fand die GdP Unterstützung durch die Bildungsreferentin Birgit Ladwig-Tils. Als Zeitanbieter wurden drei Tage gewählt und die Frankenwarte in Würzburg und das Gustav Stresemann Institut in Bad Bevensen als Seminarorte festgelegt. Da der Lebensabschnitt des Ruhestandes natürlich auch die jeweiligen Partnerinnen bzw. Partner betrifft, konnten von Beginn an auch diese an den Seminaren teilnehmen. Die Seminarinhalte wurden breit gefächert angelegt. Sie reichen von den persön-

lichen Belangen der zukünftigen Ruheständler bis zu europapolitischen Themen.

In den ersten Jahren wurden zwei Seminare, jeweils eins im Süden und eins im Norden, durchgeführt. Waren in dieser Zeit die Anmeldungen von Kollegen durchaus überschaubar, so steigerte sich die Nachfrage nach Seminarplätzen von Jahr zu Jahr. Dies sicherlich auch durch positive Rückmeldungen von Teilnehmern. Natürlich wurde die Anzahl der Seminare am Bewerberaufkommen orientiert von Jahr zu Jahr gesteigert. So sind für dieses Jahr zehn Seminare geplant bzw. wurden die ersten schon durchgeführt. Eine Besonderheit stellt auch dar, dass alle Seminare durch ein Mitglied des Bezirkssenorenvorstandes begleitet werden. Diese Kolleginnen und Kollegen stellen nicht nur die Wichtigkeit der Seniorenarbeit in der GdP vor, sie sorgen sicherlich auch dafür, dass an den Abenden ein reger Gedankenaustausch in gemüthlicher Atmosphäre stattfinden kann. Die Anmeldung für die Seminare erfolgt, wie bei allen anderen auch, über unsere Geschäftsstelle in Hilden. Für die Berücksichtigung ist vor allem das Eintrittsdatum in den Ruhestand ausschlaggebend. Die GdP unterstützt Euch also nicht nur während der Dienstzeit, sondern begleitet auch den Wechsel in den Ruhestand und ist selbstverständlich auch danach immer für Euch da.



3 | 20





3 | 20



## Großer GdP-Erfolg 1.000 Hebungen im Tarif

zentren wie auch in den Referaten im Bundespolizei-präsidium sowie in vielen anderen Bereichen führte. Bis März 2020 allein war – laut Antwort auf Nachfrage des BPR – bereits rund ein Drittel dieser Möglichkeiten bearbeitet und umgesetzt worden.

Für uns hieß das natürlich zudem, dass es in naher Zukunft galt, alle Möglichkeiten umzusetzen, die das Tarifrecht in Verbindung mit den ausgebrachten Hebungsmöglichkeiten bietet. Beispielhaft sind hier die aus unserer Sicht weiterhin nicht berücksichtigten Kolleginnen und Kollegen in den SB 15 (eKA) zu nennen. Auch muss eine detaillierte Betrachtung der zurzeit übertragenen Tätigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen in der Verpflegungswirtschaft, dem Bereich der Lagerlogistik wie auch den Service-Punkten Bekleidung erfolgen.

Weitergehende Hebungsmöglichkeiten in den Bundespolizeiinspektionen über die Entgeltgruppe 6 hinaus müssen erneut auf den Prüfstand, um Stellenhebungen zu ermöglichen. Hier bietet sich eine Prüfung bzw. Bewertung auf Umsetzbarkeit, gegebenenfalls mit einer Arbeitsplatzbesichtigung und / oder einem Interview an, um eine Höhergruppierung zu ermöglichen.

Auch wenn Stellenhebungen nicht bedeuten, dass automatisch alle Arbeitsplätze in E 8 gehoben werden, muss das Ziel sein, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen das jeweilige Aufgabengebiet mit höherwertigen Tätigkeiten anzureichern, diese dauerhaft zu übertragen, um eine Höhergruppierung zu ermöglichen.

Durch die Hartnäckigkeit der GdP mit gleichzeitiger parlamentarischer Unterstützung wurden im Haushalt für den Tarifbereich 1.000 zusätzliche Stellenhebungen von E5 bis nach E8 ausgebracht. Obwohl nicht durch die Bundespolizei beantragt, sollte eine sachgerechte Umsetzung der Stellenhebungen unter Beachtung der Haushalts- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen erfolgen. Das erforderte eine Identifizierung von möglichen Arbeitsplätzen wie auch die Betrachtung von im ODP etatisierten – oder zukünftig noch zu etatisierenden – Dienstposten, was rückblickend auf das Jahr 2020 zu einer Vielzahl von Höhergruppierungen in den regionalen Bereichswerkstätten, dem Flugdienst, in Vorzimmern, den einzelnen Sachbereichen in den Direktionen, den Bundespolizeiabteilungen der Bundespolizeiakademie, in den Aus- und Fortbildungs-

## Personalratswahlen im Zoll

### Stimmenzuwachs bei niedrigerer Wahlbeteiligung

Im Personalratswahljahr 2020 war der Zoll früher dran als die Bundespolizei, hier wurde vom 31. März bis 2. April 2020 gewählt. Die Herausforderungen waren die gleichen: Kontaktsperren, Bewegungseinschränkungen und Sorgen um die Gesundheit überschatteten die Personalratswahlen. In der Not hatte man im Zoll kurzfristig auf Briefwahl umgestellt, daher konnten dennoch rechtzeitig neue Gremien gewählt werden. Die Listen der Gewerkschaft der Polizei konnten dabei ihre Ergebnisse von 2016 überwiegend halten und zum Teil sogar verbessern. Die GdP-Zoll ist klar zweitstärkste Kraft in den

Stufenvertretungen Haupt- und Bezirkspersonalrat. Im Hauptpersonalrat konnten nur die GdP und die erstmals angetretene „Freie Liste 1“ Zugewinne verzeichnen. Auswirkungen auf die Sitzverteilung hatte dies indes nicht. Die hohe Zahl von sieben eingereichten Wahlvorschlägen kam letztlich nur dem Platzhirsch zu Gute, der hiernach trotz der Stimmenverluste dank dem Höchstzahlprinzip nach d'Hondt sogar zwei Sitze zusätzlich gewann, während zum Beispiel die „Freie Liste 1“ trotz ihrer Stimmen leer ausging.



## GdP im Bundesamt für Güterverkehr Zuwächse bei Personalratswahlen 2020

Auch im Bundesamt für Güterverkehr (BAG) wurde gewählt – und die Wahlergebnisse sprechen für sich: In elf von zwölf Personalräten ist die GdP vertreten. In neun stellt sie sogar den Vorsitz und/oder die Stellvertretung. Im Gesamtpersonalrat konnte die GdP mit zwei Plätzen auf der Beamtenseite einziehen, auf der Tarifseite mit vier Plätzen das Ergebnis von 2016 sogar verdoppeln. Nach den konstituierenden Sitzungen stand fest, Vorsitz und Vorstand bleiben fest in GdP-Hand. So gehören dem Vorstand des GPR drei GdPler an. Die komplette Ge-

samt-, Jugend-, und Auszubildendenvertretung (GJAV) wird von der GdP gestellt. Den Vorsitz der GJAV stellt die GdP somit mit zwei Jahren Unterbrechung seit 2008. Auf Ministeriumsebene ist die GdP ebenfalls gut vertreten. Im Hauptpersonalrat und bei der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur konnte die GdP jeweils einen Sitz verteidigen. In der Haupt-, Jugend-, und Auszubildendenvertretung (HJAV) beim BMVI ist die GdP mit einem Sitz im Vorstand gut aufgestellt.

## GdP-Arbeit fruchtet

### Weitere Verbesserungen und Veränderungen bei der „Rückführung“

Seit Jahren engagiert sich die GdP, um die Arbeitsbedingungen der Personenbegleiter und der Kolleginnen und Kollegen in den Rückführungsbereichen der Bundespolizeidienststellen zu verbessern. Eine vielbeachtete GdP-Fachkonferenz mit Praktikern aus der Mitgliedschaft und ein breiter Forderungskatalog der GdP hatten gravierenden Verbesserungsbedarf aufgezeigt.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte in Beantwortung der Vorschläge der GdP angeordnet, dass das BMI und das Bundespolizeipräsidium die von der Basis aufgeworfenen Fragen mit der GdP konstruktiv und im Dialog lösen sollen. Ein Spitzengespräch des GdP-Vorstands mit Dagmar Busch, der Abteilungsleiterin Bundespolizei, und Dr. Dieter Romann, dem Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, sowie viele Einzelgespräche folgten. Die GdP-Vertreter trafen auf offene Ohren und die Bereitschaft unserer Gesprächspartner, den Vorschlägen und Forderungen für Verbesserungen im Rückführungsbereich zu folgen.

Mehr als ein Jahr harter Arbeit und zahlreicher Gespräche später ließ sich feststellen, dass die GdP-Vorschläge, wo möglich, teils bereits in kurzfristig umsetzbaren Verbesserungen berücksichtigt, teils in die im Zuge unserer Arbeit entstandenen dienstlichen Arbeitsgruppen eingespeist wurden. Die GdP konnte so schon zahlreiche und deutliche Verbesserungen in diesem schwierigen Arbeitsumfeld erzielen. Als Beispiel ist besonders die Einführung einer Zulage für die Begleitung von Rückführungen auf dem Luftweg zu nennen. Danach erhalten Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf die Polizeizulage jeweils eine Erschwerniszulage in Höhe von 70 Euro für innereuropäische bzw. in Höhe von 100 Euro für außereuropäische Rückführungen – und zwar rückwirkend seit dem 1. Januar 2019. Ein Kollege fasste unsere Arbeit so zusammen: „Nur durch das Engage-

ment der GdP hat sich alleine im letzten Jahr so viel geändert, wie in den vergangenen 15 Jahren zusammen nicht.“ Auch aufgrund des sachkundigen Drucks der GdP wurde durch die Bundespolizeiführung eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, eine konzeptionell hinterlegte umfassende Lösungsstruktur der aufgezeigten Probleme zu erarbeiten. Darüber hinaus soll es für Personenbegleiter Luft, Personenschützer und Spezialeinheiten auch zukünftig die Möglichkeit geben, bei dienstlichen Flügen von unter vier Stunden Dauer in der Business-Class zu fliegen. Das hat die GdP nach Gesprächen mit der Leitungsebene des BMI und im Anhörungsverfahren der Bundesregierung durchgesetzt. Durch eine Änderung der Auslandsreisekostenverordnung sollen aus Klimaschutzgründen zukünftig bei einer reinen Flugzeit von weniger als vier Stunden nur noch die Kosten für das Benutzen der niedrigsten Beförderungsklasse erstattet werden. Das betrifft zum Beispiel Flüge in den nordafrikanischen und nahöstlichen Raum wie die Türkei oder den Libanon und damit auch einen großen Teil von Rückführungsmaßnahmen.

Die GdP hat erfolgreich eingewandt, dass Personenbegleiter Luft, Personenschützer und Spezialeinheiten anderen Belastungen ausgesetzt sind und in der Regel keine normalen, entspannten Dienstreisen durchführen. Dem müsse die Bundesregierung durch eine entsprechende Öffnungsklausel für Einsatzkräfte Rechnung tragen. Das BMI hat „in Umsetzung von Anregungen“ der GdP in einem neuen Verordnungsentwurf vom 28. Mai 2020 die GdP-Forderung aufgegriffen. Danach kann die oberste Dienstbehörde in besonderen Ausnahmefällen wie bei Personenbegleitern Luft, Personenschützern und Spezialeinheiten eine abweichende Regelung treffen und nach wie vor auch Business-Class-Flüge zulassen.

TOP  
THEMA

4 | 20

5 | 20





2018 → 2019 → 2020 → 2021 → 2022

TOP  
THEMA

## Personalratswahlen in der Bundespolizei

Absolute Mehrheit für die GdP



Alle vier Jahre finden in der Bundespolizei die Personalratswahlen statt. 2020 war der Wahltermin vom 12. bis 14. Mai. Aufgrund der Pandemie wurden sie ausschließlich als Briefwahl durchgeführt. Als wir unser Wahlmotto „Das Heute meistern – unser Morgen gestalten“ kreierten, kannten wir die Umstände dieser Wahl noch nicht – und die Folgen der Pandemie für die Arbeit der Bundespolizei und die Menschen, die ihren Beitrag für diese erfolgreiche Behörde leisten. Diese Krise zeigt auf, was ansonsten gern vertuscht wird. Jeder Einsatzauftrag wird von einem Menschen erledigt mit Ängsten, Freuden, Sorgen und Zuversicht. Für diese Menschen treten wir ein – seit jeher. Über 62 Prozent Stimmenanteil für die GdP sind ein Vertrauensbeweis und zeigen, dass das inhaltliche Angebot angenommen wird. Dank Eures Vertrauens und Eurer Stimmen hat die GdP wieder die absolute Mehrheit im Bundespolizei-Hauptpersonalrat (HPR) und im Bezirkspersonalrat (BPR).

In der konstituierenden Sitzung des neugewählten HPR wurde Sven Hüber einstimmig zum Gruppensprecher der Beamten und zum Vorsitzenden des HPRs wiedergewählt. Rüdiger Maas wurde ebenfalls im Amt des Gruppensprechers der Arbeitnehmer bestätigt und ist weiterhin stellvertretender Vorsitzender. Erika Krause-Schöne wurde einstimmig zur stellvertretenden Gruppensprecherin der Beamten und ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Im BPR wurde Judith Hausknecht zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge von Martin Schilff an, der in den verdienten Ruhestand gegangen ist. Detlev Mantei wurde im Amt des Gruppensprechers der Arbeitnehmer und als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. Steffen Ludwar wurde zum stellvertretenden Gruppensprecher der Beamten und ebenfalls zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Das GdP-Führungsteam des HPR (v.l.): Rüdiger Maas, Erika Krause-Schöne und Sven Hüber



Das GdP-Führungsteam des BPR (v.l.): Detlev Mantei, Judith Hausknecht und Steffen Ludwar

## Dienstvereinbarung für den Tarifbereich unterzeichnet

Anrechnung der Ruhepause

Am 11. Mai 2020 wurde zwischen dem GdP-geführten Bezirkspersonalrat und dem Bundespolizeipräsidium eine Dienstvereinbarung zur Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit bei Tarifbeschäftigten

geschlossen. Wir konnten für alle Tarifbeschäftigten, die in operativen Bereichen tätig sind (ohne Fluggastkontrollkräfte), rückwirkend zum 1. Juli 2018 eine Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit als übertarifliche Regelung erreichen. Eine Forderung der GdP wurde damit nach langen Verhandlungen umgesetzt und zumindest an dieser Stelle Gerechtigkeit zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten hergestellt. Möglich wurde diese Dienstvereinbarung durch den mit Erlass vom 9. Mai 2017 (Zi2-30105/2#2) eröffneten Handlungsspielraum für eine Gleichbehandlung von Tarifkräften mit den beamteten Kräften in der Bundespolizei.



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

## Zulagen

Ausdauer zahlt sich aus

Zum 1. Mai 2020 wurden erstmals die erhöhte Polizeizulage für alle Beamtinnen und Beamte in der Bundespolizei, die Zulage für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie die erhöhte

Polizeizulage für alle Vollzugsbeamtinnen und -beamte des Zolls ausgezahlt – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2020. Ihr habt uns den Auftrag gegeben, wir haben ihn umgesetzt!

## Zoll: Kampf gegen Schwarzarbeit – teuer und wirkungslos?

„Kampf gegen Schwarzarbeit – teuer und wirkungslos?“. Mit diesem Titel lief Ende Juni 2020 in der ARD „Die Story im Ersten“. Wir als GdP wissen seit langer Zeit: Unzählige Kolleginnen und Kollegen im Zoll mühen sich täglich engagiert ab, stetig Gutes und Erfolgreiches zu leisten. Zeugnis dieser Arbeit – trotz widriger Umstände – sind auch die knapp 40 Verfahren gegen Organisierte Kriminalität. Dennoch: Ihr Einsatz ist immer wieder geprägt von schlechter Ausrüstung und IT, unzureichenden Strukturen, mangelnden Datenzugriffen, halbherzigen, unvollständigen bis fehlerhaften Gesetzen, stetigen Nachfragen nach den sinnfreien Statistikzahlen als vermeintliche Erfolgsparameter aus Politik, Branchengewerkschaften und Ministerium, Personalmangel sowie einer wenig innovativen, dafür aber umso mut- und konzeptloseren Führung im Zoll und im Bundesministerium der Finanzen (BMF). Professionelle Kriminalitätsbekämpfung setzt aber polizeilichen Sachverstand voraus. Daran mangelt es erheblich in der Riege der B-Besoldeten. Das führt zu ständigem Frust an der aktiven Basis.

Dieses mangelnde Verständnis für die Prinzipien einer polizeilich strukturierten Aufbau- und Ablauforganisation führt im Zoll zu ineffektiven, teuren, kleinräumigen und zergliederten Strukturen bei den vollzugspolizeilichen

Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten. Der Zoll ist deshalb alles andere als eine schlagkräftige Truppe im Kampf gegen Kriminalität. Und das liegt nicht an den Kräften im täglichen Einsatz. Diese Verantwortung tragen seit Jahren die Führung sowie CDU/CSU und SPD, die den Zoll nicht in die Moderne führen.

Die Schmuggel- und Geldwäschebekämpfung und andere Delikte, deren Bekämpfung in der Zuständigkeit des Zolls liegen, sind mindestens genauso ineffektiv. Zeugnis dafür sind nicht nur die Antworten der Bundesregierung zu vielen kritischen Anfragen der Abgeordneten aus der Opposition von FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen. Es fehlt im Zoll das Selbstverständnis, ernsthaft Polizei sein zu wollen, wenn man der mittleren, schweren und auch organisierten Kriminalität das Handwerk legen will. Allzu lange hält sich schon die fatale Theorie, die Polizeiaufgaben des Zolls seien lediglich Annex der Finanzverwaltung. Wer so denkt und argumentiert, verbaut sich schon im Kopf jede Möglichkeit für die Fantasie, dass Sklaventreibern, Menschenhändlern und Ausbeutern, aber auch Drogenbaronen, Waffenschiebern und international vernetzten Geldwäschern, die den inkriminierten Luxus der Mafia- und Bandenbosse absichern, nicht mit den Methoden und Strukturen einer Finanzverwaltung beizukommen ist.

## Seniorengruppe informiert

App „Beihilfe Bund“ bald auch als PC-Anwendung?

Seit Mitte 2019 können alle, die über das BVA ihre Beihilfe berechnet und ausgezahlt bekommen, die App „Beihilfe Bund“ nutzen. Damit können Rechnungsbelege mit dem Smartphone oder Tablet abfotografiert und an die Beihilfestelle verschickt werden. Für die Nutzung benötigt man ein Smartphone oder Tablet mit dem Betriebssystem Android oder iOS. Zwar ist die Einführung der App auf große und überwiegende positive Resonanz gestoßen, dennoch erreichte die Seniorengruppe eine Vielzahl von Bitten, zu prüfen, ob man die Anwendung neben der App auch für den PC anbieten kann. Auf den Vorschlag etlicher Mitglieder des Bezirksseniorenvorstandes hat sich Peter

Schütrumpf, der Vorsitzende unserer Seniorengruppe, an den Bezirksvorstand gewendet. Der Bezirk hat daraufhin im Juli 2020 Christoph Verenkotte, den Präsidenten des BVA angeschrieben. In seiner Antwort schreibt dieser unter anderem: „Die Beihilfe App Bund ist ein Teil des Digitalisierungsvorhabens in der Beihilfebearbeitung. Im Rahmen des Projekts wird auch die Umsetzung von Beihilfe-Verfahren zur Einreichung von Beihilfeanträgen per Windows-PC, Mac oder auch Linux-Geräten geprüft. Bis eine Entscheidung getroffen ist, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die App auch auf Tablets genutzt werden kann.“

2018 → 2019 → 2020 → 2021 → 2022



## BMI genehmigt zusätzliche temporäre Ausbildungsstätten GdP fordert gleiche Bedingungen



Grafik: pixabay.com / mmi9

Im Sommer 2020 hat das BMI die Einrichtung zweier temporärer Bundespolizei-Ausbildungsstätten genehmigt – in Bielefeld und in Rotenburg an der Fulda. Die Ausbildungsstätte in Bielefeld soll als Außenstelle des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ) Walsrode bis September 2024 betrieben werden, die Ausbildungsstätte in Rotenburg an der Fulda als Außenstelle des AFZ Eschwege bis September 2031. Der GdP-Bezirk Bundespolizei begrüßte die Entscheidung zwar grundsätzlich, setzte sich aber zugleich dafür ein, dass für die beiden temporären Ausbildungsstätten zum einen die notwendige Qualifizierung des Lehrpersonals im Fokus stünde und dass zum anderen nicht nur befristete Stellen geschaffen würden: „Eine Aufstockung von qualifiziertem Lehr- und Rahmenpersonal ist dringend erforderlich – und zwar nicht nur als temporäre Lösung. Die zunehmende personelle Unterdeckung betrifft inzwischen alle Bereiche der Bundespolizeiakademie, die Hochschule des Bundes mit ihrem Fachbereich Bundespolizei sowie alle Aus- und Fortbildungszentren“, sagte Jörg Radek, damals Vorsitzender der GdP

für die Bundespolizei. Darüber hinaus würde die Bundespolizeiakademie derzeit nicht genug attraktive Dienstposten für qualifiziertes Lehrpersonal bieten. Außerdem müsse gewährleistet sein, dass die Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen vor Ort den hohen Ansprüchen der Bundespolizei-Ausbildung entsprechen. Schließlich sind diese auch schon in den AFZ häufig verbesserungswürdig. So fordert der GdP-Bezirk Bundespolizei bereits seit Beginn der Einstellungs-offensive die Modernisierung und Anpassung der Bausubstanz der vorhandenen AFZ in der Bundespolizei, da hier ein massiver Investitionsstau besteht. Auch ist es kaum vorstellbar, dass in den kommenden Jahren weiterhin kein freies Wifi für die Anwärter verfügbar sein könnte. Grundvoraussetzung für die GdP ist: Die Ausbildung in den beiden temporären Ausbildungsstätten muss qualitativ gleichwertig sein wie in den AFZ. „Hier darf keine Zwei-Klassen-Ausbildung entstehen, auch nicht bei den Rahmenbedingungen“, insistierte Radek.

## Urteil: Bayerische Grenzpolizei in Teilen verfassungswidrig Verfassungsgerichtshof bestätigt GdP-Bedenken

Zu diesem Zeitpunkt seit rund zwei Jahren werden 500 bayerische Polizisten bei Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze eingesetzt. Diese Wiedereinführung einer eigenen Grenzpolizei sorgte seitdem für viele Diskussionen. Im Sommer 2020 hat der bayerische Verfassungsgerichtshof sie in Teilen für verfassungswidrig erklärt – und bestätigt damit die von der GdP von Anfang an geäußerten Bedenken: Bayerns Grüne hatten geklagt, weil die Bayerische Grenzpolizei die Kompetenzen der Bundespolizei übergehe. Dieser Klage hat der Verfassungsgerichtshof nun am 28. August 2020 teilweise stattgegeben. Zwar wird die Wiedererrichtung der Bayerischen Grenzpolizei als solche vom Verfassungsgerichtshof nicht beanstandet, jedoch die Zuweisung von Befugnissen an die Bayerische Grenzpolizei nach Artikel 29 Polizeiaufgabengesetz (PAG). Das PAG räumt Grenzfahndern Befugnisse ein, die eigentlich nur Bundesbehörden zustehen. Konkret bedeutet das, dass die Bayerische Grenzpolizei zwar künftig weiter Schleierfahndung betreiben darf – eine originäre Aufgabe der Landespolizeien –, allerdings keine Grenzkontrollen bzw. keine Grenzüberwachung mehr. Gemäß Grundgesetz sind die Durchführung von Grenzkontrollen sowie

die hieraus resultierenden Folgemaßnahmen ausschließlich Aufgaben der Bundespolizei. Landespolizeien dürfen lediglich im Auftrag der Bundespolizei als Unterstützungskräfte hinzugezogen werden. Diese Bedenken hat der GdP-Bezirk Bundespolizei bereits seit 2018 immer wieder geäußert. Zwar begrüßte die GdP damals ausdrücklich den personellen Aufwuchs der Polizei in Bayern, mahnte jedoch auch die mit der erneuten Gründung einer Grenzpolizei verbundenen Problemstellungen an – sowohl für die Kolleginnen und Kollegen als auch für die Bevölkerung: „Wir haben immer gesagt, dass die Hilfe der Grenzpolizei nicht für Verwirrung bei unseren Kolleginnen und Kollegen sorgen oder dazu führen darf, dass die Bürger stärker beeinträchtigt werden“, so Andreas Roßkopf, Mitglied des Vorstands des GdP-Bezirks Bundespolizei.



## Distanz-Elektro-Impuls-Geräte GdP veranstaltet Arbeitstagung

Das BMI beabsichtigte auf Grundlage einer neuen Verwaltungsvorschrift eine einjährige Testphase zum Einsatz von Distanz-Elektro-Impuls-Geräten (DEIG) in drei Bundespolizei-Direktionen durchzuführen. Der GdP-Bezirk Bundespolizei hat sofort auf diese Ankündigung reagiert und kurzfristig eine hochkarätige Arbeitstagung organisiert.

Die Arbeitstagung unter der Leitung von Bezirksvorstandsmitglied Roland Voss fand am 7. und 8. September 2020 in Koblenz statt. Ziel war es, gemeinsam zu erörtern, ob die in der Bundespolizei bereits zugelassenen Waffen und Hilfsmittel der körperlichen Gewalt durch die Einführung des DEIG sinnvoll ergänzt werden können. Dazu hatte die GdP Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen „Schwerpunktdienststellen“ eingeladen, um die direkte Meinung aus der Praxis zu hören. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch Vorträge von LtD PD Christian Schmitz, Bundespolizeidirektion Koblenz, und Ingo Schütte von der GdP Rheinland-Pfalz. Außerdem war Christian Scherf von der Firma Axon vor Ort, der Testgeräte zur Verfügung stellte, um Technik und Funktion zu demonstrieren.

Als Ergebnis der zweitägigen Veranstaltung kann festgehalten werden, dass DEIG nach Meinung der Teilnehmer als deeskalierendes Einsatzmittel eine taktische Einsatzlücke zwischen Reizstoffsprüngerät / Schlag-



Foto: GdP / Roland Voss

stock und Schusswaffe schließen könnte. Besonders die präventive Wirkung des DEIG hat überzeugt. Im Gegensatz zu Reizstoff und Schlagstock hat DEIG zudem eine sofortige Mannstoppwirkung.

Die Teilnehmer stehen einer probeweisen Einführung von DEIG für den Streifendienst und ähnlich gelagerter Einsatzaktivitäten grundsätzlich positiv gegenüber und sehen in der Verwaltungsvorschrift eine gute und sichere Grundlage für den Testlauf. Die wichtigsten Empfehlungen und Voraussetzungen sind, dass DEIG als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und nicht als Schusswaffe rechtlich eingeordnet bleiben muss. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass eine intensive Einweisung sowie Aus- und Fortbildung erfolgen und dass ein Einsatz gegen Kinder und erkennbare Schwangere ausgeschlossen ist.



## Elterngeld: Deutliche Verbesserungen

Das Bundeskabinett hat am 16. September 2020 einen Gesetzentwurf mit deutlichen Verbesserungen im Elterngeld beschlossen. Das teilte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit. Das Gesetz enthält mehrere Bausteine. Dazu zählen mehr Teilzeitmöglichkeiten während des Elterngeldbezugs und der

Elternzeit, ein sogenannter „Frühchenmonat“, wenn das Kind sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin oder früher geboren wird, sowie Verwaltungsvereinfachungen und rechtliche Klarstellungen. Den Gesetzentwurf sowie fortlaufend aktualisierte Infos gibt es auf der Website des BMFSFJ.

## GBFV-Sitzung in Berlin unter Beachtung der Corona-Regeln Arbeitsreiche Zusammenkunft



Foto: Frauengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

Unter anderem wurde das Nachwuchsseminar „Frauen in der GdP“ besprochen und für 2021 in die Seminarplanung aufgenommen. Weiterhin wurden erste Vorbereitungen für die Bezirksfrauenkonferenz 2021, für den internationalen Frauentag am 8. März, aber auch für eine Vorstandssitzung der Bezirksfrauen getroffen. Intensiv tauschten sich die Teilnehmerinnen zudem zur Corona-Pandemie und deren Folgen für die Dienst-/Arbeitswelt sowie für die gewerkschaftliche Arbeit aus. Die Sachstände der Arbeitsaufträge aus der 5. Bezirksfrauenkonferenz 2017 wurden erhoben.





## Eine Erfolgsgeschichte

### Das „GdP-Seehofer-Programm“



Am 11. Juli 2019 haben die GdP-Spitzen Sven Hüber (l.), Rüdiger Maas (2.v.r.) und Martin Schilff (r.) im Gespräch mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (2.v.l.) und Dagmar Busch, Abteilungsleiterin „Angelegenheiten der Bundespolizei“ im BMI (Mitte) den Grundstein für das „GdP-Seehofer-Programm“ gelegt.

Die GdP hat es 2016 in ihr Wahlprogramm aufgenommen, 2019 haben es die GdP-Spitzen Martin Schilff und Sven Hüber am Tisch mit Horst Seehofer ausgehandelt, 2020 wurde es umgesetzt: Das „GdP-Seehofer-Programm“ zur Überführung von 2.000 PHM/PHMmZ in den gehobenen Dienst. Dazu verhandelten Sven Hüber und Martin Schilff im Februar dieses Jahres für die GdP zusammen mit dem DGB im Beteiligungsgespräch (§ 118 BBG) mit dem BMI erfolgreich für die Bundespolizistinnen und -polizisten. So konnten sie in dem Gespräch eine Reihe von vorgesehenen Benachteiligungen, insbesondere für Frauen, aus dem Entwurf der neuen Bundespolizei-Laufbahnverordnung beseitigen.

In der Kabinettsitzung am 23. März 2020 hat die Bundesregierung dann die „Verordnung zur Änderung der Bundespolizei-Laufbahnverordnung und der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den verkürzten Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundes-

polizei“ verabschiedet und damit die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den Start des „GdP-Seehofer-Programms“ geschaffen.

Im Juni 2020 dann gab das Bundesinnenministerium grünes Licht für den Start des Überleitungsverfahrens, indem es die Verfahrensordnung zu § 18 BPolLV („GdP-Seehofer-Programm“) genehmigte. Jede Direktion erhielt eine gewisse Anzahl an Überleitungsmöglichkeiten. Um für das Feststellungsverfahren zugelassen werden zu können, mussten die Bewerberinnen und Bewerber bei der Zulassung jünger als 59 Jahre sein, eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren vorweisen können – davon mindestens drei Jahre als PHM – und mindestens Note B 1 in der letzten dienstlichen Beurteilung erreicht haben. Nach einem bestandenen Feststellungsgespräch erfolgt dann die Überleitung in den gehobenen Dienst. Anfang Oktober 2020 war es dann so weit und die ersten „GdP-Seehofer-Aufsteiger“ standen fest.

## GdP zu Koalitionseinigung über „Rassismus-Studie“

### „Die Politik hat unseren Vorschlag aufgegriffen“

Nach GdP-Informationen haben sich Union und SPD darauf geeinigt, eine Studie zum Thema Rassismus in der Gesellschaft und eine Untersuchung zum Polizeialltag auf den Weg zu bringen.

Jörg Radek, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, sagte: „Damit ist unser Vorschlag im politischen Berlin aufgegriffen worden. Es besteht nun

die Möglichkeit, den polizeilichen Alltag vor dem Hintergrund rechtsextremistischer aufgedeckter Fälle in Dienststellen, in Bund und Ländern zu analysieren.“

Um sich der Frage des gesellschaftlichen Alltagsrassismus zu nähern, hatte die GdP ein Gremium vorgeschlagen, dem Vertreter aus Gewerkschaften, Polizei, Politik, Kirchen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angehören.

## Tarifabschluss 2020

### Akzeptabler Kompromiss

Das 2020 von der GdP als Tarifverhandler für den Polizeibereich erstrittene Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kann man insgesamt als akzeptabel bezeichnen. Zwar hätten wir uns selbstverständlich ein besseres Ergebnis gewünscht, doch der den Arbeitgebern nach intensiven Gesprächsrunden abgerungene Kompromiss bringt den Polizeibeschäftigten zumindest ein Stück Wertschätzung für ihre in den vergangenen Monaten geleistete Arbeit. Die Tarifverträge wurden mit Wirkung zum 1. September 2020 in Kraft gesetzt und haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Die Einigung der Tarifparteien sieht unter anderem Folgendes vor: Die Tabellenentgelte wurden ab 1. April 2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro, und ab 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent erhöht. Darüber hinaus erhielten Beschäftigte noch 2020 eine einmalige, komplett steuerfreie Corona-Sonderzahlung. Diese betrug 600 Euro für die Entgeltgruppen 1 bis 8, 400 Euro für die Entgeltgruppen 9a bis 12 und 300 Euro für die Entgeltgruppen 13 bis 15. Die Ausbildungsentgelte wurden ab 1. April 2021 um 25 Euro und ab 1. April 2022 um weitere 25 Euro erhöht. Die Übernahme von Auszubildenden wurde ab 1. November 2020 wieder in Kraft gesetzt.



Die Kolleginnen und Kollegen zeigten während der gesamten Tarifverhandlungen unter Einhaltung der Corona-Regeln Flagge – so wie hier Roland Berwik, stellvertretender Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bundespolizeiakademie in Lübeck.

10 | 20

TOP THEMA

## Gemeinsam gegen schwere und organisierte Wirtschaftskriminalität

### Zoll- und Steuerfahndung verstärken Zusammenarbeit

Um der Wirtschaftskriminalität bei internationalen Waren- und Zahlungsmittelverkehren noch wirkungsvoller begegnen zu können, wurde beim Dienstsitz Münster des Zollfahndungsamtes Essen eine neue Gemeinsame Ermittlungsgruppe Wirtschaftskriminalität (GEW) ins Leben gerufen, die es so in Deutschland noch kein zweites Mal gibt. Die Besonderheit ist, dass neben den in Groß- und Umfungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen erfahrenen Ermittlungskräften der Sachgebiete Zölle/Marktordnung und Verbrauchsteuern sowie aus dem Bereich

Finanzermittlungen und Vermögensabschöpfung des Zollfahndungsamtes Essen in dieser Ermittlungsgruppe auch Kräfte aus der Steuerfahndung des Finanzamtes für Strafsachen und Steuerfahndung Münster des Landes NRW zum Einsatz kommen, um künftig gemeinsam, sachgebiets- und vor allem auch behördenübergreifend in Strukturverfahren der schweren und organisierten Wirtschaftskriminalität zu ermitteln.

Die Einrichtung einer weiteren GEW im Zollfahndungsamt Essen ist in Köln beabsichtigt.

10 | 20



Gewerkschaft der Polizei

## Junge Gruppe: Politischer Termin mit Ricarda Lang

Im November 2020 hatte unsere Junge Gruppe einen Termin mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Grünen, Ricarda Lang, zur Novellierung des BPersVG. Die Forderung der Jungen Gruppe ist nach wie vor, dass die JAV auch für die Anwärterinnen und Anwärter sowie die Studierenden zuständig sein soll.

Außerdem fordern sie die Kappung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht sowie die Möglichkeit der Freistellung von JAV-Mitgliedern und echte Beteiligungstatbestände. Die Forderungen stießen bei Ricarda Lang auf Zustimmung und eine weitere Zusammenarbeit wurde vereinbart.

11 | 20



10 | 20



## Novellierung des Arbeitszeitrechts des Bundes GdP zu Referentenentwurf des BMI

11 | 20

Das BMI hat zum Referentenentwurf einer „Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes sowie zur Änderung der Verordnung über den Sonderurlaub für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie für Richterinnen und Richter des Bundes“ die Beteiligung der Spitzenorganisation der Beamten, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), eingeleitet. Die GdP hat diese Gelegenheit genutzt, ihre Forderungen zu erneuern. Diese lauten im Einzelnen:

### Eigene „AZV Polizei und Zoll“

Die GdP fordert die Implementierung einer eigenen „Arbeitszeitverordnung Polizei und Zoll“, wie sie in vielen Bundesländern existiert, um den spezifischen Belangen des Vollzugsdienstes aus Einsätzen, Übungen, Schichtdienst, Rückführungsmaßnahmen und Auslandsverwendungen besser gerecht werden zu können.

### Echte Langzeitkonten

Die GdP fordert die Schaffung von echten und für die Polizei

und den Zoll geeigneten Langzeitkontenmodellen, wie sie zuletzt das Land NRW angekündigt hat. Die im gegenwärtigen Entwurf der Arbeitszeitverordnung vorgesehenen „Langzeitkonten“ mit einer freiwilligen Wochenarbeitszeiterhöhung sind nirgends in operativen Verwendungen erprobt und für Polizei und Zoll vollkommen ungeeignet.

### Reduzierung der Wochenarbeitszeit

Die GdP fordert, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten auf das Maß der Tarifbeschäftigten des Bundes abzusenken. Eine Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt.

### Entlastung der Schichtdienstleistenden

Die GdP fordert aus Gründen der Fürsorge und zur Entlastung der langjährig dem gesundheitsschädlichen Schichtdienst ausgesetzten Beamtinnen und Beamten – wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein – eine Reduzierung ihrer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit – nach zehn Jahren und noch einmal nach zwanzig Jahren Schichtdienst.

## Beiratssitzung GdP-Bezirk Bundespolizei unter Corona-Bedingungen Generationswechsel im Bezirksvorstand

12 | 20

Die große Pensionierungswelle in der Bundespolizei macht auch vor der Führungsriege des GdP-Bezirks Bundespolizei nicht halt. Sowohl der Bezirksvorsitzende Jörg Radek als auch Schriftführer Martin Schilff – beide Gründungsmitglieder des Bezirks – schieden im Rahmen der Beiratssitzung am 1. Dezember 2020 aus dem Bezirksvorstand aus. Und so standen bei der Sitzung vor allem die Verabschiedungen sowie die daraus resultierenden Wahlen für den Bezirksvorstand im Fokus. Zum neuen Bezirks-

vorsitzenden und damit zum Nachfolger von Jörg Radek wurde Andreas Roßkopf gewählt. Der Polizeihauptkommissar ist seit 2018 Mitglied des geschäftsführenden Bezirksvorstands. Das Amt des Schriftführers übernimmt Roland Voss, ebenfalls bereits Mitglied des GBV. Komplettiert wird der Vorstand seitdem durch die beiden Neuzugänge Steffen Ludwar (Vorsitzender DG Bundesbereitschaftspolizei) und Etienne Frankenfeld (Vorsitzender DG Mitteldeutschland), die als weitere Mitglieder gewählt wurden.



Fotos: GdP-Bezirk Bundespolizei

## Wir haben uns durchgesetzt: Zusatzbeförderungen

12 | 20

Wir haben uns im Haushaltsausschuss durchgesetzt und zusätzlich zu den vom BMI geplanten Stellenzuwächsen weitere 500 Hebungen von A 9 nach A 12 für Euch rausge-

holt. Das bedeutet für Euch: 500 zusätzliche Beförderungen nach A 10, 500 zusätzliche Beförderungen nach A 11 und 500 zusätzliche Beförderungen nach A 12

## Positives Signal vor Gericht

### Pausenabzug bei Schichtdienstleistenden bei Krankheit und (Sonder-)Urlaub

Am 7. Dezember 2020 hat der GdP-Bezirk Bundespolizei in Zusammenarbeit mit der DGB Rechtsschutz GmbH vor dem Verwaltungsgericht (VG) Trier das Verfahren zum Pausenabzug bei Schichtdienstleistenden bei Krankheit, Urlaub oder Sonderurlaub verhandelt. Das Gericht stützte die GdP-Rechtsauffassung und hielt den Abzug der Pausenzeiten bei Schichtdienstleistenden in den oben genannten Fällen für rechts-

widrig. Das Gericht hat in diesem Verfahren sogar kritisch nachgefragt, ob grundsätzlich die gewährten Pausen Ruhepausen im arbeitszeitrechtlichen Sinne darstellen oder ob es sich nicht vielmehr um Pausen unter Bereithaltung handelt, die als Arbeitszeit zu werten sind. Alles in allem konnte nach der mündlichen Verhandlung der Eindruck gewonnen werden, dass – wie

von GdP-Seite von Anfang an vertreten – auch aus Sicht des Gerichts das Ausfallprinzip allumfassend ist und rechtmäßig versäumter Dienst nicht nachzuholen ist.

Bereits Ende November 2020 hatte das VG Hannover in einem anderem Verfahren die GdP-Rechtsauffassung geteilt.



Foto: pixabay.com / AbsolutVision, Bearbeitung: GdP

12 | 20

## Die Situation im Bereich der Ausstattung im Jahr 2020

### Steffen Ludwar erklärte, an welchen Themen 2020 gearbeitet wurde

#### Neue taktische Wechselhülle

Sukzessive wurde die neue taktische Wechselhülle eingeführt. Die Neuerungen waren sofort sichtbar. Freipositionierbare Taschen sowie das Molle-System (Modular Lightweight Load-carrying Equipment) mit Klett waren neu. An dieses Befestigungssystem können je nach Nutzer unterschiedliche Systeme von Taschen und Halterungen angebracht werden. Neu war auch, dass Frauen und Männer unterschiedliche Westen-Hersteller haben. Bei der Erprobung haben sich die Kolleginnen für ein Modell von BSST entschieden, die Kollegen für ein Modell von Mehler.

#### Flammenhemmende Funktionsunterwäsche Winter

Einer der am meisten nachgefragten Bekleidungsartikel 2020 war die flammenhemmende Funktionsunterwäsche Winter. Diese war bereits seit über vier Jahren nicht mehr im Versorgungslager Hundstadt verfügbar. Nach einigen Problemen mit dem Beschaffungssamt des BMI gingen wir jedoch von einer größeren Lieferung noch 2020 aus.

#### Entlastungsgürtel

Es wurden zwei Erprobungen durch die Abteilung 6 des Präsidiums durchgeführt. Leider wurden durch die Er-

probungsteilnehmer nicht alle Erprobungsberichte zur Auswertung zurückgeschickt, was eine Auswertung obsolet machte. Trotz allem blieben wir auch in der Folge an dem Thema dran – für eine Einführung dieses FEM, das zur Gesunderhaltung dienen kann.

#### Neue Körperschutzausstattung

Wie bereits mehrfach berichtet, wurde eine neue KSA erprobt. Sie soll bei gleichem Schutz (ohne zusätzliche Schutzreserven) leichter sein und auf dem Stand der heutigen Technik aufbauen. Auch ein ballistischer Grundsatz soll bereits integriert werden. Die Erprobung und Neukonzeptionierung wurde hauptverantwortlich durch die Bundespolizeiabteilung Ratzeburg in Zusammenarbeit mit der Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei (Referat 65) in Lübeck durchgeführt. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten ein großes Lob.

#### Winterstiefel

Das ist ein Thema, das die GdP seit längerem begleitet. Nach zähem Ringen konnten wir 2020 dann dank unserer Ausdauer einen ersten Erfolg vermelden: Eine erste Lieferung von 2.000 Paar Winterstiefeln des Modells HAIX Airpower XR21 S3 sollte noch 2020 erfolgen!



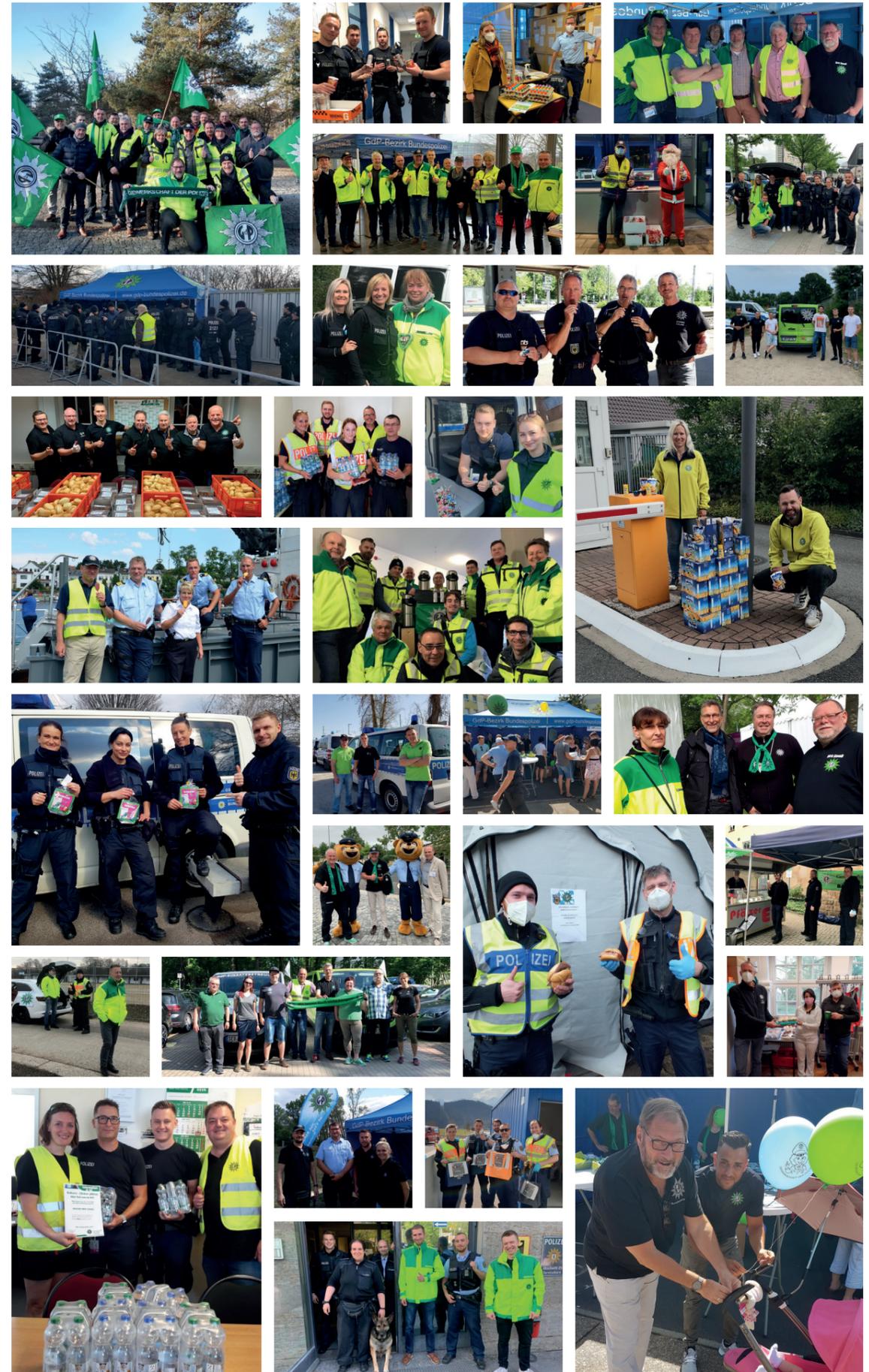
Foto: GdP / Steffen Ludwar



# GdP vor Ort

Der GdP-Bezirk Bundespolizei ist „immer.da“ – und zwar wortwörtlich vor Ort. Ob durch unsere unzähligen Betreuungen bei Einsatzlagen im gesamten Bundesgebiet, unsere Teilnahme an Personalversammlungen, die solidarische Unterstützung anderer GdP-Bezirke, unsere Präsenz bei Veranstaltungen oder oder oder... Hier nur einige wenige Impressionen aus den vergangenen Jahren.

# WIR SIND "IMMER.DA"





## Neue Stellenzulagen und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

### CSU nimmt langjährige GdP-Forderungen auf

Im Rahmen der CSU-Winterklausur haben die Bundestagsabgeordneten beschlossen, neue Stellenzulagen für Bundespolizistinnen und -polizisten in besonders herausfordernden Einsatzbereichen einzuführen. Darüber hinaus unterstützt die CSU-Fraktion die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Der GdP-Bezirk Bundespolizei begrüßte diesen Vorstoß außerordentlich. Schließlich ist gerade die Wiederein-

führung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für den Bezirk seit Jahren eine Herzensangelegenheit: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sorgen ihr gesamtes Berufsleben unter teils extremen physischen und psychischen Belastungen für die Sicherheit aller in diesem Land. Das muss sowohl im aktiven Dienst als auch im Alter berücksichtigt und wertgeschätzt werden“, so Bezirksvorsitzender Andreas Roßko.



## Deshalb habt ihr GdP-geführte Personalräte gewählt

### Noch mehr A13 mZ-Bewertungen durchgesetzt

Die Vorsitzenden des GdP-geführten Bezirks- und Hauptpersonalrates, Judith Hausknecht und Sven Hüber, haben in enger Abstimmung in jeweiligen Spitzengesprächen mit den Leitungen der Abteilung Bundespolizei im BMI und des Bundespolizeipräsidiums am 13. November und 8. Dezember 2020 sowie am 19. und 21. Januar 2021 starke Vereinbarungen über die Anzahl der Stellenneubewertungen nach A 13 mZ treffen können.

Nachdem anfangs im Oktober 2020 nur vorgesehen war, in einer ersten Rate knapp 900 sowie in einer späteren

Rate weitere knapp 500 Dienstposten mit der Amtszulagenbewertung zu A 13 auszustatten, ist es den bei den Vorsitzenden in partnerschaftlichen Gesprächen gelungen, dass nun deutlich mehr Dienstposten einbezogen werden. Nach der finalen Vereinbarung vom 21. Januar 2021 werden 2.320 von 2.825 möglichen Dienstposten in die Bewertung A 13mZ aufgenommen. Ein starkes Ergebnis für unsere Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst. Gerechtere Chancenverteilung durchsetzen – dafür steht Gewerkschaft der Polizei!



## Seniorengruppe informiert: Änderungen bei der Beihilfe

Seit dem 1. Januar 2021 ist die 9. Verordnung zur Änderung über die Beihilfe in Kraft. Folgende wesentliche Regelungen sind hier aufgeführt:

- Anhebung der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Personen, zum Beispiel Ehepartner, von 17.000 Euro (alt § 4 BBhV) auf 20.000 Euro (neu § 6 BBhV). Dies gilt insbesondere beim Krankenhausaufenthalt, bei der Zahnbehandlung und im Bereich der Pflege.
- Teilweise Leistungsanhebungen, zum Beispiel bei den Zähnen: Anhebung der Material- und Laborkosten von 40 auf 60 Prozent unter bestimmten Bedingungen (neu 60 % siehe § 16 (1) und 40 % siehe § 16 (2) BBhV).
- Anhebung des Bemessungssatzes auf 70 % für beihilfeberechtigten Personen, die Elternzeit in Anspruch nehmen.
- Aufhebung der eingeschränkten Vorgaben einer Beihilfegewährung zu Aufwendungen für Sehhilfen von Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und beihilfefähig sind. Aufwendungen für Sehhilfen.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage zur elektronischen Direktabrechnung zwischen Festsetzungsstellen und Krankenhäusern.
- Wegfall der Anlagen alt 7 und 15.

Die Höhe der **Aufwendungen nach dem Transplantationsgesetz** vereinbaren die dort genannten Vertragspartner. Das BMI gab jetzt in einem Rundschreiben bekannt, wie sich dies auf die Beihilfe im Jahr 2021 (§ 45a Abs.1 BBhV) auswirkt. Der beihilfefähige Betrag für ein Organ (zum Beispiel Herz, Leber, Lunge), für das kein eigenständiger Flug durchgeführt wurde, beträgt 29.481 Euro. Mit eigenständigem Flugtransport beträgt er 41.090 Euro.

### Abgabe der Beihilfe an das BVA

Zum 1. März 2021 wird die Bearbeitung der Beihilfe der aktiven Angehörigen der Bundespolizei an das BVA übergeben. Das BVA bietet neben der normalen Beantragung auch eine App – Beihilfe Bund – an. Ab März können sich Beihilfeberechtigte registrieren und anmelden, um dann über die App ihre Anträge zu stellen. Seit neuestem bietet das BVA an, sich die Bescheide über die Beihilfe auch über die App zukommen zu lassen.

Weitere Informationen (auch Vordrucke) über [www.beihilfe.de](http://www.beihilfe.de) oder über die Internet-Seite des BVA.



## Grenzkriminalität

### GdP-Zoll: Umfassendes Lagebild fehlt



Collage: GdP-Zoll

Vor allem die beiden Bundesbehörden Zoll und Bundespolizei stehen beim Thema Grenzkriminalität gemeinsam in der Verantwortung. Dennoch verfügt der Bund über kein geschlossenes Lagebild zur grenzbezogenen Kriminalität in Deutschland. Während die Bundespolizei ihre Erkenntnisse sehr professionell sofort in eigenen Lagebildern rund um die Uhr zeitnah zusammenfasst und bewertet, verfügt der Zoll nicht einmal über geeignete Melde- und Befehlswege vom Streifenwagen vor Ort bis in die Generalzolldirektion und zurück, um zeitnah polizeiliche Lagebilder zu schaffen und diese auch für ein lagebedingtes Kräfte- und Einsatz-

management strategisch auszuwerten. Auch die Behörden der Landespolizei können ihre Erkenntnisse aus Kontrollen und Ermittlungen, die einen konkreten Grenzbezug zum Schmuggel oder zur Migration haben, in kein bundesdeutsches Grenzlagebild einpflegen. „Nicht selten stoßen wir auf Formen der organisierten Kriminalität sowie auf schwerwiegende Fälle von Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und auch Terrorismus“, erläutert Frank Buckenhofer, Vorsitzender der GdP-Zoll. „Es kann nicht sein, dass der Bund mit Bundespolizei und Zoll zwei wichtige und unverzichtbare Sicherheitsbehörden unterhält, deren Zusammenarbeit jedoch häufig durch unterschiedliche Zielsetzungen und Gepflogenheiten ausgebremst wird. Der Zoll muss sich zügig polizeilich professionalisieren.“

## Pausenanrechnung bei Krankheit, Urlaub oder Dienstabbruch

### BPolP kündigt vereinfachtes Verfahren an

Nach mehreren Gesprächen mit den GdP-Spitzen hat das Bundespolizeipräsidium am 16. Februar 2021 mitgeteilt, dass bis auf zu benennende „Musterverfahren“ Anträge auf Zeitgutschrift für Pausenanteile bei Krankheit, Urlaub oder Dienstabbruch im Stadium des Widerspruchsverfahrens ausgesetzt werden sollen. Eine entsprechende Verfügung hat das BPolP ebenfalls angekündigt. Das bedeutet, jeder Antragsteller bzw. jede Antragstellerin kann auf einen abgelehnten Antrag Widerspruch einlegen und sein bzw. ihr Einverständnis mit der Aussetzung des Verfahrens erklären. Ein entsprechendes Formblatt zum Download gibt es im geschlossenen Mit-

gliederbereich auf [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de) unter Infothek > Arbeitshilfen > Formblatt: Widerspruch gegen den Bescheid (Pausen).



Foto: pixabay.com / AbsolutVision, Bearbeitung: GdP

## Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2021/2022

### GdP-Kritik erfolgreich – Kürzungen vom Tisch



Fotos: pixabay.com/peter-facebook/Dietrich01 | Composing: GdP-Bezirk Bundespolizei

Im Frühjahr 2021 war der GdP-Bezirk Bundespolizei durch Stellungnahme am laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2021/2022 (BBVAnpG 2021/2022) beteiligt. Und die Kritik von GdP und DGB an beabsichtigten Einkommenskürzungen hat Erfolg gezeigt: Nachdem wir einige Punkte im 100 Seiten starken Referentenentwurf zum BBVAnpG 2021/2022 bemängelt hatten, legte das BMI dem DGB und der GdP tatsächlich einen neuen Gesetzentwurf vor und führte im Anschluss ein Gespräch mit ihnen.





## „Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten“

### Internationaler Frauentag 2021

2021 forderte der DGB, unsere Dachorganisation, zum Internationalen Frauentag „Mehr Gewerkschaft, mehr Gleichstellung. Mehr denn je!“ Die Corona-Pandemie hat uns zum Zeitpunkt des Internationalen Frauentags fest im Griff und uns Frauen trifft sie besonders hart. Wir sind systemrelevant und zudem seit einem Jahr massiv mit Fragen konfrontiert wie zum Beispiel „Wie organisiere ich Familie, Pflege etc.?“. Wir sind es, die den überwiegenden Teil der Haus- und Familienarbeit leisten, reduzieren dafür oft die Arbeits-/Dienstzeit. Kurz: Auf unseren Schultern lasten hohe Gesundheitsrisiken, zusätzlicher Betreuungsaufwand, Home-schooling und vermehrte Arbeit im Haushalt. Das Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern hat diese Pandemie verschärft. Gerade diese Zeit zeigt, wie wichtig es ist, eine starke GdP im Rücken zu haben, denn wir setzen uns für bessere Arbeits-/Dienstbedingungen ein – gerade auch für Frauen.



Durch Tarifverträge, durch unsere Arbeit in den Personalräten und als Gleichstellungsbeauftragte setzen wir uns für Euch ein. In vielen Bereichen konnten wir als GdP die Krisenfolgen für uns Frauen mildern, in vielen Bereichen müssen und können wir besser werden. Deshalb haben wir zum Internationalen Frauentag 2021 das Motto von 2015 aufleben lassen: „Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten“. Aus dem damaligen „kann“ ist diesmal ein „darf“ geworden.

## Novelle Bundespolizeigesetz

### Andreas Roßkopf als Sachverständiger bei Anhörung

Am 22. März 2021 war der Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD „zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei“ Gegenstand einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat. Zu der Sitzung war unter anderem Andreas Roßkopf, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, als Sachverständiger geladen. Schon lange forderte der GdP-Bezirk Bundespolizei, das zum überwiegenden Teil noch aus dem Jahr 1994 stammende Bundespolizeigesetz den zeitgemäßen Erfordernissen anzupassen. Daher begrüßt die Gewerkschaft ausdrücklich die nach langer Blockade nun doch erfolgte Einigung der Fraktionen von CDU/CSU und SPD auf Eckpunkte für ein neues Bundespolizeigesetz. Viele GdP-Forderungen wurden darin aufgegriffen. Vor allem die Neuerungen und Befugnisserweiterungen bei der Verbrechensbekämpfung im eigenen Zuständigkeitsbereich sowie bei der Nutzung der Quellen-TKÜ im Bereich von Menschenhandel und Schleuserkriminalität sind wichtige Punkte, die die Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte deutlich erhöhen. Nichtsdestotrotz gibt es aus Gewerkschaftsicht auch noch Nachbesserungsbedarf. So bleibt unverstänlich, dass das Gesetz die Einführung und die Nutzung moderner Fahndungstechnologien, insbesondere der getesteten und als gut erachteten Gesichtserkennungssoftware, unberücksichtigt lässt. „Das größte Manko des vorliegenden Gesetzentwurfes ist für uns jedoch, dass das Eckpunktepapier gerade unsere Kernaufgabe, den

Grenzschutz, nicht ausreichend berücksichtigt“, so Roßkopf. Konkret fordert die Gewerkschaft unter anderem, die Zuständigkeit der Bundespolizei an den Landgrenzen von derzeit 30 auf 50 Kilometer auszuweiten. Und: Ein wirksamer Grenzschutz an den seewärtigen Grenzen, die ja sowohl Binnen- als auch EU-Außengrenzen sind, erfordert nach GdP-Ansicht zwingend die Erweiterung von derzeit 50 auf 80 Kilometer Zuständigkeitsbereich. „Hier sehen wir weiterhin dringenden Handlungsbedarf“, insistiert Roßkopf.

Die GdP lehnt die bundesweite Übernahme der Strafverfolgung von unerlaubtem Aufenthalt genauso ab, wie die beabsichtigte Zuständigkeit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen für unerlaubt aufhaltige Personen und Geduldete, die im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei im Inland festgestellt werden. Nach GdP-Auffassung überfordert das die Organisation und schafft Doppelzuständigkeiten. Dies dürfte allenfalls in Fällen besonderer Bedeutung übernommen werden.



## 8. Bezirksjugendkonferenz: Neuer Vorstand

Im Rahmen der Bezirksjugendkonferenz am 12. und 13. April 2021 in Berlin-Schönefeld wurde unter anderem ein neuer Vorstand gewählt. Die Bezirksjugendkonferenz stand unter dem Motto „Unser Auftrag!

Eure Zukunft!“ und das spiegelte sich auch in der Gesprächsrunde wider, an der Alfons Aigner, Präsident der Bundespolizeiakademie, unser Bezirksvorsitzender Andreas Roßkopf und Andreas Broska teilnahmen.



Der neu gewählte Vorstand der Jungen Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei (v. l.): Jonas Pohle (Beisitzer), Pascal Nordgauer (stellv. Schriftführer), Jessica Winkler (stellv. Vorsitzende), Andreas Broska (Vorsitzender), Martin Meisen (Beisitzer), Linda Bechtloff (Schriftführerin) und Christian Moog (Beisitzer). Auf dem Bild fehlt Dustin Lilienthal (stellv. Vorsitzender).

## Laufbahnwechsel nach § 27 BLV

### Größerer Kreis erhält Aufstiegsmöglichkeiten

Das BMI hat (auch) für die Bundespolizei festgelegt, dass Beamtinnen und Beamte, die am Laufbahnwechsel in den gehobenen oder höheren Dienst nach § 27 BLV teilnehmen möchten, künftig nur noch das vorletzte Amt ihrer bisherigen Laufbahn erreicht haben müssen anstatt wie bisher das Endamt. Das Bundesinnenministerium hatte hierfür die Zustimmung des GdP-geführten Bundespolizeihauptpersonalrates erbeten, der diese nur zu gerne erteilt hat. Schließlich fordert die GdP wegen der anhaltenden Kapazitätsprobleme bei den anderen Aufstiegsverfahren schon

länger, mehr Gebrauch vom Laufbahnwechsel nach § 27 BLV zu machen – und zwar sowohl im Vollzug als auch in der Verwaltung. Bisher ist dies nur in Einzelfällen geschehen. Dementsprechend begrüßt die GdP es, dass nun auch Kolleginnen und Kollegen zum Bewerbungsverfahren zugelassen werden, die das vorletzte Amt ihrer bisherigen Laufbahn erreicht haben. Der Laufbahnwechsel nach § 27 BLV erfolgt ausschließlich durch ein reines Ausschreibungsverfahren mit anschließender Vorstellung bei einer Auswahlkommission.

## GdP-Wertschätzungskampagne: #100für100

Mit der bundesweiten politischen Wertschätzungskampagne unter dem Motto „100 % Einsatz verdienen 100 % Einsatz“ hat sich die GdP, die mitgliederstärkste Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten hierzu, an die Politik sowie an die Menschen gewandt, die mit einer überwältigenden Mehrheit von über 80 Prozent ihrer Polizei vertrauen und sicher leben wollen. Die GdP macht auf die schwierige Situation

der Polizei aufmerksam, die sich seit Beginn der Corona-Pandemie noch zugespitzt hat – damit unsere Kolleginnen und Kollegen die Wertschätzung erhalten, auf die sie durch ihre Arbeit ein Anrecht haben. Mehr Infos auf 100fuer100.de





## Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer: Weitere Entgeltsicherung dank GdP

4 | 21



In einem Rundschreiben hat das BMI die von der GdP erkämpfte übertarifliche Maßnahme zur Entgeltsicherung von Kraftfahrerinnen und Kraftfahrern im Geltungsbereich des Kraftfahrer-Tarifvertrags Bund erneut verlängert. So blieben alle Betroffenen auch im zweiten Kalenderhalbjahr 2021 der Pauschalgruppe zugeordnet, der sie nach § 5 Kraftfahrertarifvertrag Bund im Jahr 2020 zugeordnet waren – und das unabhängig von der im ersten Kalenderhalbjahr 2021 geleisteten durchschnittlichen Monatsarbeitszeit.

## Erfolg für GdP-Rechtsschutz

### Freizeitausgleich auch für Ruhezeit bei G7-Einsatz

4 | 21

Am 29. April 2021 stand vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Urteilsverkündung im Verfahren zum Thema Freizeitausgleich für Ruhezeit während des G7-Gipfels in Elmau und während der anschließenden Bilderberg-Konferenz im Jahr 2015 an. Wir als GdP konnten uns mit unserer Argumentation durchsetzen.

Die Kläger der acht Revisionsverfahren sind größtenteils Kolleginnen und Kollegen der Bundesbereitschaftspolizei. Unter anderem ist auch unser Vorstandsmitglied Steffen Ludwar betroffen, der vom DGB Rechtsschutz vertreten wurde und bei der Urteilsverkündung auch selbst vor Ort war. Sie alle wurden im Rahmen des G7-Gipfels in Elmau eingesetzt, sechs Kläger zusätzlich während der anschließenden Bilderberg-Konferenz.

Das Bundesverwaltungsgericht stellte fest: Wenn der Dienstherr das Bestimmungsrecht der Beamtinnen und Beamten, wo und wie sie die Ruhezeit verbringen, durch verschiedene Vorgaben in erheblicher Weise einschränkt, wird Ruhezeit zu Bereitschaftszeit und damit Arbeitszeit. Das gilt zum Beispiel dann, wenn auch in der Ruhezeit die Beamtinnen und Beamten ihre persönliche Ausrüstung einschließlich der Waffen ständig bei sich führen, jederzeit erreichbar sein müssen und ihre Unterkunft allenfalls zu bestimmten Anlässen und nur nach vorheriger Genehmigung, nicht jedoch nach eigenem Belieben verlassen dürfen. Der Vorsitzende Richter argumentierte, „das Gepräge eines Bereithaltens“ in der Ruhezeit sei im Fall des G7-Ein-



satzes deshalb als Arbeitszeit anzusehen, weshalb bei einer Abrechnung nach § 88 BBG Ruhezeit als Bereitschaftszeit und somit 1:1 abzurechnen ist.

Und auch die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Bilderberg-Konferenz waren und dort nach § 11 BPolBG abgerechnet wurden, bekamen Recht: Der Sinn des § 11 BPolBG setze voraus, dass dort eine tatsächliche Ruhezeit gewährt wurde, so der Richter in seiner Begründung. Da dies wegen der Vorgaben nicht der Fall war, wurde auch hier Ruhezeit zu Bereitschaftszeit und ist somit auch nach § 11 BPolBG 1:1 auszugleichen.

Über 500 weitere Kolleginnen und Kollegen der Bundesbereitschaftspolizei haben damals Widerspruch im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau und/oder der Bilderberg-Konferenz eingelegt. Sie dürften ebenfalls von dem Urteil profitieren.

## Frauengruppe zum Kinderbonus: Einmalzahlung im Mai

5 | 21

Auch 2021 haben Kindergeldberechtigte eine Einmalzahlung erhalten – diesmal in Höhe von 150 Euro. Den Kinderbonus gab es für jedes Kind, für das im Jahr 2021 mindestens in einem Monat Anspruch auf Kindergeld

besteht oder bestand. Der Kinderbonus musste nicht extra beantragt werden, sondern wurde automatisch im Mai 2021 ausgezahlt.



## Jugend- und Auszubildendenvertretung

### GdP mit Abstand stärkste Kraft bei JAV-Wahlen

Da kann man wohl mit gutem Gewissen von einem Erdrutschsieg sprechen: Mit einer überwältigenden Mehrheit von rund 90 Prozent aller Stimmen hat die GdP die JAV-Wahlen 2021 klar gewonnen. Was der klare Wahlsieg der GdP bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung bedeutet, zeigt sich in der Sitzverteilung: Von den sieben verfügbaren Sitzen der

Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) auf Ebene des Bundesinnenministeriums entfallen nach der Auszählung sechs Sitze auf die Liste der GdP. Bei der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) auf Ebene des Bundespolizeipräsidiums haben die Wählerinnen und Wähler der GdP-Liste sogar alle verfügbaren sieben Sitze zugesprochen.

5 | 21



Die neuen Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter der beiden Gremien HJAV und BJAV. Hintere Reihe von links nach rechts: Darleen Hutzel, Stefanie Rützel, Sahra Wahidi (Vorsitzende BJAV), Victoria Hähnel, Victoria Kollmar (Vorsitzende HJAV), Kim Marie Heuer, Annika Stadfeld (stellvertretende Vorsitzende BJAV). Vordere Reihe von links nach rechts: Detlev Mantei (Vorsitzender der Tarifkommission GdP-Bezirk Bundespolizei), Domenic Stoppa, Rüdiger Maas (stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei), Diar Kajjo (stellvertretender Vorsitzender HJAV).

## Hoch hinaus dank GdP: Beförderungsblokaden aufgehoben

Die GdP-Personalräte haben ganze Arbeit für die Betroffenen geleistet, das BMI hat die getroffene Verabredung eingehalten und schnell umgesetzt: Mit Erlass des BMI vom 3. Juni 2021 sind nun auch Beförderungen während einer Aufstiegsausbildung in den gehobenen oder höheren Dienst möglich! Damit gehören die viele Monate in vielen Statusgruppen fast aller Direktionen und des Präsidiums gerichtlich verfügte Beförderungssperren der Vergangenheit an. Der GdP-geführte Bundespolizei-Hauptpersonalrat (HPR) und das Bundesinnenministerium (BMI) haben eine Lösung im Interesse der Beamtinnen und Beamten gefunden, die weitere – gegebenenfalls jahrelange – Gerichtsverfahren erspart und die Beförderungsblokaden beendet.

**Zum Hintergrund:** Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen in der Aufstiegsausbildung hatten aufgrund sich wandelnder Rechtsprechung in einigen Bundesländern erfolgreich gerichtlichen Rechtsschutz gesucht, weil sie

aufgrund eines alten BMI-Erlasses nicht in die Auswahlentscheidungen einbezogen wurden. In der Folge wurden oftmals nicht nur eine, sondern alle Beförderungen in den beklagten Statusgruppen gerichtlich vorläufig untersagt. Das BMI hat den die Beförderungen bisher ausschließenden Erlass vom 27. Februar 1991 (Az.: P III 3 – 660 211) zurückgenommen.

Da die Dauer der Aufstiegsausbildungen überschaubar ist, fließen die Beförderungsplattformen nach Abschluss des Aufstieges wieder zurück und können für weitere Beförderungen anderer Kolleginnen und Kollegen genutzt werden. Somit konnte auf Betreiben des HPR eine für alle Seiten umsichtige und gute Lösung gefunden werden.

**GdP-Tipp:** Unbedingt darauf achten, dass die nach den Beurteilungsrichtlinien vorgeschriebene Anlassbeurteilung vor Beginn des Laufbahnwechsels auch tatsächlich ausgefertigt wird. Sie ist wichtig für eine Beförderungsentcheidung.

6 | 21



2018

2019

2020

2021

2022

TOP  
THEMA

6 | 21

## Polizeizulage erhöht: 228 Euro im Monat

Im Rahmen seiner Sitzung am 9. Juni 2021 hat der Innenausschuss für eine Erhöhung der Polizeizulage um 20 Prozent votiert. Dies wird im Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2021/2022 verankert. Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke verabschiedete der Ausschuss dazu mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Anpassung der Bundesbesoldung und -versorgung für 2021/2022“ in modifizierter Fassung. Damit wird das von der GdP ausgehandelte Tarifergebnis vom 25. Oktober 2020 auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Durch einen Änderungsantrag der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion steigt darüber hinaus die Polizeizulage auf 228 Euro pro Monat. Dies bringe die Bedeutung des

Polizeiberufs noch stärker zum Ausdruck, schreiben die Koalitionsfraktionen in der Begründung. Zugleich verweisen sie darauf, dass die Beamtinnen und Beamten bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit immer häufiger Aggressivität und Gewalttaten ausgesetzt seien. Mit der erhöhten Zulage sollten auch die dadurch entstehenden besonderen Herausforderungen honoriert werden. Dies gilt sowohl für Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst bei der Bundespolizei als auch beim Zoll. Die Vorlage stand am darauffolgenden Tag zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung des Bundesratsplenums.



## FüPoG II: Kleiner, aber weiterer Schritt

6 | 21

Als einen weiteren kleinen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet der GdP-Bezirk Bundespolizei die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zum Zweiten Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II) und damit zur weiteren Gleichstellung von Frauen und Männern, gerade im Hinblick auf die öffentliche Verwaltung. Jedoch mahnt die GdP an, über den lobenswerten Ideen auf dem Papier nicht die Realität des Alltags auf den Dienststellen zu vergessen.

Nach langem Stillstand konnte sich der Bundestag am 11. Juni 2021 beim Thema Teilhabe für Frauen in Führungs-

positionen endlich einigen und stimmte dem Gesetzentwurf zum FüPoG II zu – gleichstellungspolitisch bereits ein Erfolg. Die Zustimmung des Bundesrats erfolgte dann am 25. Juni 2021.

Die GdP-Frauen im Bezirk Bundespolizei hatten eine ausführliche Stellungnahme zum FüPoG II erstellt – insbesondere mit Blick auf das Bundesgleichstellungsgesetz. Diese wurde in die Stellungnahme des DGB übernommen. Gemeinsam erreichten die DGB-Gewerkschaften damit wichtige Veränderungen im Gesetzentwurf, wenngleich nicht alle Forderungen durchsetzbar waren.

TOP  
THEMA

6 | 21

## Novelle Bundespolizeigesetz scheitert im Bundesrat

GdP: „Denkbar schlechteste Lösung“

Quasi auf der Ziellinie wurde das „Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei“ am 25. Juni 2021 vom Bundesrat gestoppt. Die GdP hatte im Vorfeld eindringlich vor einem politischen Poker um ein „Alles oder Nichts“ gewarnt. „Wir bedauern diese Entscheidung zutiefst“, sagt Andreas Roßkopf, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei, und ergänzt: „Unserer Meinung nach hätten die strittigen Punkte im BPolG im Vermittlungsausschuss zu einer Einigung gebracht werden können.“ Und auch die beabsichtigte Änderung des Aufenthaltsgesetzes, die nachträglich in den Gesetzentwurf integriert und bereits im Vorfeld sowohl von der GdP als auch von den Ländern deutlich kritisiert worden war, hätte der Vermittlungsausschuss noch fallen lassen können. Schließlich war

bereits lange vor der Abstimmung im Bundestag absehbar, dass ein ungefragter Eingriff seitens des Bundes in die polizeilichen und ausländerrechtlichen Zuständigkeiten der Länder konfliktbelastet ist und eine offenbar völlig unzureichende Kommunikation im Vorfeld zwischen den Verantwortlichen im Bundestag und den Ländern zu der jetzigen Situation führte.

Bereits 2016 hat der GdP-Bezirk Bundespolizei in seinen „Eckpunkten eines Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei“ konkrete Vorschläge zur Änderung des BPolG gemacht. In den folgenden fünf Jahren hat die GdP auf Basis dieses Konsolidierungsprogramms und weiterer Sondierungspapiere umfangreiche Änderungen in den Gesetzentwurf eingebracht.

## Novelle Bundespersonalvertretungsgesetz

Erstmalig seit 1974 in einer reformierten Form in Kraft

Im Juni 2021 trat das Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) erstmalig seit 1974 in einer reformierten Form in Kraft. Zumindest wurde dies zu Beginn so angekündigt. Die GdP hatte dazu im Gesetzgebungsverfahren umfas-

send Stellung genommen. Nach umfangreichen Beratungen blieb jedoch von den Reformvorschlägen wenig übrig und die GdP bedauert, dass nach dieser langen Zeit nicht die Chance der übergreifenden Neuerung genutzt wurde.

6 | 21

## 6. Bezirksseniorenkonferenz: Präsent auch im Ruhestand

Am 7. und 8. Juli 2021 fand in Bad Hersfeld die 6. Bezirksseniorenkonferenz unter dem Motto „Präsent auch im Ruhestand“ statt. Neben 37 Delegierten und dem geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand konnte die Versammlungsleitung als Gäste unter anderem Andreas Roßkopf, den Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, Michael Rudolph, den DGB-Vorsitzenden von Hessen und Thüringen, sowie den stellvertretenden GdP-Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerk begrüßen. Nach den Grußworten der Gäste markierte der Rechenschaftsbericht über die vergangenen vier Jahre den Auftakt zur inhaltlichen Debatte. Nach einer kurzen Aussprache und der einstimmigen Entlastung

des Bezirksseniorenvorstandes standen die Neuwahlen des geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstandes an. Peter Schütrumpf wurde in geheimer Wahl mit fast 95 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten Reinhold Schuch und zum Schriftführer Dieter Schneider. Als Beisitzer komplettieren künftig Petra Ehm und Roland Braun den neuen geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand.

Einen der wichtigsten Veranstaltungsteile stellte schließlich die Antragsberatung dar. Insgesamt lagen den Delegierten 19 Anträge vor, über die es abzustimmen galt.

7 | 21



Der neu gewählte Vorstand der Seniorengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei (v.l.): Peter Schütrumpf, Petra Ehm, Reinhold Schuch, Roland Braun, Dieter Schneider.

## Kontrollausschuss: Erste Präsenzsitzung unter neuem Vorsitz

Vom 21. bis 23. Juli 2021 fand in Hamburg die 5. Sitzung des Kontrollausschusses seit dem letzten Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundespolizei im Jahr 2018 statt. Es war die erste Präsenzsitzung mit dem neuen Kontrollausschussvorsitzenden Sven Kutschke, der im Januar 2021 die Nachfolge von Mario Gottschalk angetreten hat. Wir danken Thilo Blanck für die gelungene Unterstützung und Begleitung in Hamburg.



7 | 21

2018

2019

2020

2021

2022



## Sommer GESPÜRACHE Sommergespräche 2021

### Wie stehen die Parteien zu zentralen Themen?

8 | 21

Im Bundestagswahljahr 2021 haben wir als GdP-Bezirk Bundespolizei die parlamentarische Sommerpause dazu genutzt, alle demokratischen Parteien zum Sommergespräch zu bitten. Ziel unserer GdP-Sommergespräche wie bei den aus Funk und Fernsehen bekannten Formaten: Gemeinsam mit den Politikerinnen und Politikern auf die zu Ende gehende Legislaturperiode zurückzublicken, zu schauen, was erreicht wurde und was vielleicht auch nicht. Ihnen zu zentralen Themen auf den Zahn zu fühlen um herauszufinden, wie sich die Parteien nach der Bundestagswahl positionieren wollen. Für die Sommergespräche standen uns die Innenausschussvorsitzende Andrea Lindholz von der CSU, Dr. Irene Mihalic, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Vizepräsidentin des Bundestags Petra Pau von der Fraktion Die Linke Rede und Antwort, ebenso wie Michael Brand, der Berichterstatter der CDU für die Bundespolizei, Dirk Wiese, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, sowie Kons-

tantin Kuhle, der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Ihnen allen haben wir die folgenden fünf zentralen Kernfragen gestellt:

1. Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage – ja oder nein?
2. Sind Sie für einen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen?
3. Wenn es nach Ihnen ginge: Wann wird die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf Tarifniveau abgesenkt?
4. Können Sie uns drei konkrete Punkte nennen, wie Sie die Attraktivität des Tarifbereichs in der Bundespolizei steigern möchten?
5. Wie stehen Sie zur Unterbringung der Bundespolizei in angemessenen und modernen Dienststellen und zu einer Verpflichtung der BImA und DB zur schnellen Umsetzung?

Alle Sommergespräche sind in Originallänge auf [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de) zu finden.

## 6. Bezirksfrauenkonferenz:

„Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten!“



Unter diesem Motto führte die Frauengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei am 14. und 15. September 2021 ihre 6. Bezirksfrauenkonferenz in Berlin durch. Zu Beginn der Konferenz berichteten Karin Dullnig und Sandra Seidel von den Aktivitäten der Frauengruppe. Nach einer kurzen Aussprache und der Entlastung des geschäftsführenden Vorstands der Frauengruppe standen die Neuwahlen des geschäftsführenden Bezirksfrauenvorstandes an.

Sandra Seidel wurde zur neuen Vorsitzenden der Frauengruppe gewählt. Ihre Stellvertreterinnen sind Karin Dullnig, Sandra Neudert und Veronika Ziersch für den Tarif. Zur Schriftführerin wählten die Delegierten Cindy Kremer, ihre Stellvertreterin ist Christina Bach. Als weiteres Mitglied komplettiert Kathrin Arnold den neuen geschäftsführenden Bezirksfrauenvorstand.



Der neu gewählte Vorstand der Frauengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei (v.l.): Kathrin Arnold (weiteres Mitglied), Cindy Kremer (Schriftführerin), Karin Dullnig (stellv. Vorsitzende), Sandra Seidel (Vorsitzende), Sandra Neudert (stellv. Vorsitzende), Veronika Ziersch (stellv. Vorsitzende für den Tarif), Christina Bach (stellv. Schriftführerin).

46

## www.zoll-2022.de

### Den Zoll modern aufstellen

Seit Langem schon fordert die GdP die Schaffung einer Finanzpolizei, im Herbst 2021 legte die GdP-Zoll nun ein klares Konzept zur zukunftsfähigen und modernen Aufstellung des Zolls vor, das sowohl Organisation und Personal als auch einen Gesetzentwurf umfasst.

Auf [www.zoll-2022.de](http://www.zoll-2022.de) kann man sehen, wie sich die Zollbehörden auf der Ortsebene wesentlich professioneller aufstellen lassen. Der Kerngedanke der Neuorganisation des Zolls ist die straffe Bündelung der polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste in

polizeitypischen Behördenstrukturen unter dem Dach des Zollkriminalamtes mit nachgeordneten Direktionen mit Inspektionen, Kommissariaten und Wachen zu einer modernen Finanzpolizei sowie einer schlanken Finanzverwaltung mit den Hauptzollämtern zur Erhebung der Zölle und Steuern unter dem Dach der Generalzolldirektion. Neben den organisatorischen Änderungen umfasst das Konzept auch die neue Aufgabe der präventiven Finanzermittlung nebst Befugnissen und die engere Verzahnung zwischen den Steuerfahndungen der Länder und der neuen Finanzpolizei.

10 | 21



Grafik: pixabay.com / Inspiredimages |  
Bearbeitung: GdP-Bezirk Bundespolizei

## Mitgliederentwicklung: Wir sind 30.000!

Im Herbst 2021 haben wir eine weitere Marke geknackt: Seitdem vertreten wir als GdP-Bezirk Bundespolizei mehr als

30.000 Beschäftigte! Das untermauert unsere Position als klare Nummer 1 der Interessensvertretungen in der Bundespolizei! Vielen Dank für das Vertrauen – es ist für uns Ansporn und Verpflichtung!

11 | 21

## GdP-Seehofer-Programm: Nächste Runde

Mit Verfügung des Bundespolizeipräsidiums vom 1. November 2021 konnte die nächste Runde der Feststellungsgespräche zwischen der GdP und

Horst Seehofer vereinbarten Laufbahnwechsel in den gehobenen Dienst nach § 18 BPolLV – dem so genannten GdP-Seehofer-Programm – starten.

11 | 21

## Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Langjährige GdP-Forderung wird kommen

Ruhegehaltsfähigkeit  
der Polizeizulage  
*Das GdP-Ding!*

Grafik: Designed by Harryarts / Freepik

Früher war die Polizeizulage ruhegehaltsfähig. Das heißt, sie gab es nicht nur im aktiven Dienst, sondern anteilig auch noch im Alter. Durch das Dienstrechtsreformgesetz des Bundes wurde die Ruhegehaltsfähigkeit

abgeschafft – außer in Bayern. Denn dort hat der Gesetzgeber die Polizeizulage von einer bloßen Stellenzulage in eine entsprechende Amtszulage (Zulage für besondere Berufsgruppen) umgewandelt. Und Amtszulagen sind weiterhin ruhegehaltsfähig – übrigens auch beim Bund.

Über Jahre haben wir uns als einzige Berufsvertretung für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage eingesetzt. Daher waren wir besonders glücklich darüber, dass unsere Forderung in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Endlich erhalten unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei und beim Zoll eine nachhaltige Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit. Der Koalitionsvertrag beweist, dass sich unser hartnäckiger Einsatz ausgezahlt hat.

11 | 21

TOP  
THEMA



47



## Personalengpässe bei privaten Luftsicherheits-Dienstleistern

GdP bekräftigt Forderung nach Bündelung der Luftsicherheitsaufgaben

1 | 22

An vielen Flughäfen in Deutschland war es zum Ende des Jahres 2021 und zum Jahreswechsel das gleiche Bild: Lange Schlangen an den Sicherheitskontrollen, weil die von der Bundespolizei beauftragten Dienstleister oft zu wenig Personal vorhalten, um die erforderlichen Kontrollen in einem adäquaten zeitlichen Rahmen wahrnehmen zu können. Die Gewerkschaft der Polizei hat dafür bereits seit Jahren einen praxisnahen Lösungsvorschlag parat. Die Situation an vielen wichtigen deutschen Flughäfen ist zu dieser Zeit so dramatisch, dass sogar beabsichtigt ist, Polizeibeamtinnen und -beamte der Bundespolizei als Aushilfen für die Luftsicherheitskontrolle einzusetzen. Beispielsweise sollen sie Kunststoffwannen, die vor dem Betreten des Sicherheitsbereiches für die Kontrolle der persönlichen Gegenstände der Passagiere genutzt werden, an den Anfang des Kontrollbandes zurückführen. Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nur ein weiterer Beleg dafür, dass es dringend an der

Zeit ist, alle Luftsicherheitsaufgaben neu zu organisieren. Der GdP-Bezirk Bundespolizei wirbt bereits seit Jahren für eine Bündelung aller Luftsicherheitsaufgaben in einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), die wiederum in der Hand des Bundes liegt. Diese AöR würde vollumfänglich in eigener Zuständigkeit die Personalverantwortung und Arbeitgeberschaft für ausschließlich nur noch mit den Aufgaben zu betreuende Luftsicherheitsassistenten des Bundes einschließlich Sicherheitsüberprüfungen, Schulungen und Qualifizierungen übernehmen. Die Luftsicherheitsassistentinnen und -assistenten des Bundes könnten aufgrund des Berufsbildes und des Qualifizierungsniveaus in den der AöR obliegenden verschiedenen Tätigkeitsfeldern schwerpunktgerecht und flexibel eingesetzt werden. Dabei ist auch eine Übernahme von bisher bei privaten Dienstleistern Beschäftigten in das Beschäftigungsverhältnis als Luftsicherheitsassistenten des Bundes mit umfasst.



Foto: ptabay.com / IESHOOITS.com

## Leitfaden der Frauengruppe

„Juchu, wir werden Eltern!“

1 | 22

Auf diese freudige Mitteilung folgt vielfach die ernüchternden Frage „Und nun?“ Der Leitfaden der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei für werdende Mütter und Väter hilft hier weiter. Als werdende Eltern gilt es vieles zu beachten und auch vorzubereiten, gerade im Dienstverhältnis, um sich nach der Geburt voll und ganz auf den Familienzuwachs konzentrieren zu können. Hilfe für den erforderlichen Überblick bietet der neu überarbeitete Ratgeber mit allen Änderungen, inklusive der Spezifika unserer Bundespolizei. Er umfasst sowohl die gesetzliche Regelungen des Mutterschutzgesetzes und des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes für die Tarifbeschäftigten als auch die Bestimmungen des Beamtenrechts, der Tarifbeschäftigten als auch die Bestimmungen des Beamtenrechts, der Mutterschutzverordnung und der Elternzeitverordnung für Beamtinnen und Beamte.



Broschüreninhaber: Frauengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

## GdP-Personalräte werden gehört

Vertrauensvoller erster Austausch mit Innenministerin Faeser

Am Donnerstag, 6. Januar 2022, ist Sven Hüber, Vorsitzender des Bundespolizeihauptpersonalrates (BHPR) und stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, der Einladung von Innenministerin Nancy Faeser zu einem ersten Austausch gefolgt. Dass Innenministerin Faeser diese Einladung bereits in den ersten vier Wochen ihrer Amtszeit ausgesprochen hat, ist ein deutliches Signal für ihr nachhaltiges Interesse an den Beschäftigten der Bundespolizei. Dies zeigte sich auch in dem harmonischen und vertrauensvollen Gespräch, bei dem die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie Arbeitszeit-Regelungen wichtige Themenschwerpunkte bildeten. Der GdP-Bezirk Bundespolizei setzt sich mit seinen Personalräten für eine Änderung des Arbeitszeitrechts des Bundes ein. Konkret geht es den Gewerkschaftern um eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten auf das Maß der Tarifbeschäftigten des Bundes, eine Entlastung der Schicht- und Einsatzdienstleistenden, eine eigene Arbeitszeitverordnung und gerechte Langzeitkonten für Bundespolizei, Zoll und BAG.



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

Am Ende des langen und konstruktiven Gesprächs vereinbarten Ministerin Nancy Faeser und BHPR-Vorsitzender Sven Hüber eine weitere enge Zusammenarbeit.

1 | 22

## Im engen Dialog

Konstruktiver Austausch mit zahlreichen politischen Vertretern

Andreas Roßkopf, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, führte im Januar 2022 zahlreiche politische Gespräche. Unter anderem traf er Dirk Wiese, den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Mahmut Özdemir, den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat und Sebastian Hartmann, den innenpolitischen Sprecher der

SPD-Bundestagsfraktion (Fotos von links). Im Fokus aller dieser – ausnahmslos sehr vertrauensvollen und konstruktiven – Gespräche standen neben den Themen Ausstattung und Unterbringung vor allem die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Novelle des Bundespolizeigesetzes sowie die GdP-Forderungen für eine Änderung des Arbeitszeitrechts des Bundes.

1 | 22



Fotos: GdP-Bezirk Bundespolizei





## Bericht der Kassenprüfer an den Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundespolizei

Hilden, den 13. Dezember 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

durch den 6. Ordentlichen Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundespolizei vom 24. bis 26. April 2018 in Berlin wurden gemäß § 27 Abs. 1 und 2 der Satzung GdP und den Zusatzbestimmungen des GdP-Bezirks Bundespolizei die Kassenprüfer gewählt:

Kollege Hoppe, Michael  
Kollege Krank, Jürgen  
Kollege Seim, Dirk

Wir, die gewählten Kassenprüfer, haben in den vergangenen vier Jahren fünf Kassenprüfungen durchgeführt. Die Kassenprüfungen wurden durch die Geschäftsstelle organisatorisch sehr gut vorbereitet und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle waren während des gesamten Zeitraums gern bereit, Fragen zu beantworten.

Bei allen Kassenprüfungen waren der ehemalige Geschäftsführer Dr. Hartmut Kühn, der Bezirkskassierer Arnd Krummen, sein Stellvertreter Roland Voss sowie die Sachbearbeiterin Elke Jonker unterstützend mit anwesend.

Es wurde jeweils zu Beginn der Kassenprüfungen ein Bericht über die geleistete Finanzarbeit im zurückliegenden Zeitraum sowie zu den eingereichten Prüffeldern gegeben. Die benötigten Unterlagen wurden den Kassenprüfern prüffähig zur Verfügung gestellt, zum Beispiel Belegordner, Berichte zu den eingereichten Prüfthemen.

Der zurückliegende Zeitraum war für alle Beteiligten eine nie dagewesene Herausforderung. Die Pandemie hat neue Herangehensweisen und ein kluges finanzstrategisches Handeln von den Verantwortlichen gefordert, zum Beispiel ein Homeoffice-Konzept der Geschäftsstelle, schnelles aber besonnenes Anlagemanagement.

Hier an der Stelle schon einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle.

### Wesentliche Prüffelder im Berichtszeitraum waren:

- Betrachtung der Arbeitsweisen bei der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit-Zeichnung von Rechnungen im Geschäftsablauf
- Gemeinsame Erarbeitung von Hinweisen, die eine Verbesserungen der Transparenz und Verwaltungsvereinfachung bei der Rechnungsbearbeitung ergeben, als Beispiel Stempel auf allen Rechnungen, Fortführung der Beschlusssammlung (für finanzielle Auswirkungen)
- Belegordnerprüfungen nach Themen: Ein- Ausgabenachweise, Reisekosten, Rücklastschriften, Veranstaltungen
- Sachstand zu den Wertanlagen des Bezirks
- Jahresabschlüsse
- Umsetzung DSGVO-konformer Versand von Mitgliederdaten
- Mitwirkung bei der Änderung der Kassenordnung Pkt. 7 + 7.1 (Bankkonten + Online Banking)
- Sachstand zu den Wertanlagen und der Anlagestrategie

Gewerkschaft der Polizei  
Bezirk Bundespolizei  
Kassenprüfer



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Bundespolizei

### Zusammenfassung:

1. Die Ein- und Ausgaben wurden nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen sparsamer und zweckmäßiger Wirtschaftsführung im Rahmen der geplanten und erforderlichen HH-Mittel für gewerkschaftliche Zwecke nachgewiesen. Hierfür wurden die bereitgestellten Nachweise der kaufmännischen Einnahmen- und Ausgabebuchungen geprüft. Der korrekte Jahresabschluss wurde durch das zuständige Steuerbüro erstellt und durch das Finanzamt jeweils bestätigt.
2. Es wurde jeweils nach Abschluss der Kassenprüfung ein Abschlussgespräch mit dem ehemaligen Geschäftsführer Dr. Hartmut Kühn, dem Kassierer Arnd Krummen und der Sachbearbeiterin Elke Jonker geführt. Hierbei konnten Arbeitsweisen, fachlich- und satzungskonforme Besonderheiten erläutert werden. Besonderen Dank sprechen wir dem ehemaligen Geschäftsführer Dr. Hartmut Kühn und dem Kassierer Arnd Krummen aus, die in der Hochphase der Pandemie die Anlagestrategie und die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle hoch professionell gewährleistet haben.
3. Empfehlungen und Hinweise der Kassenprüfer wurden durch die Mitarbeiter der Geschäftsstelle nach gemeinsamer Erörterung stets überdacht und grundsätzlich umgesetzt, so dass die Zusammenarbeit von fachlicher Kompetenz beider Seiten geprägt war.
4. Durch die gute Mitgliederentwicklung ist eine positive finanzielle Entwicklung des GdP-Bezirks Bundespolizei in allen Bereichen festzustellen.

Die Kassenprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

  
Michael Hoppe

  
Dirk Seim

  
Jürgen Krank

## Bericht des Kontrollausschusses an den Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundespolizei

Gemäß § 26 Abs. 8 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen des GdP-Bezirks Bundespolizei ist der Kontrollausschuss gegenüber dem Bezirksdelegiertentag für seine Arbeit verantwortlich.

Mit dem schriftlichen Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Kontrollausschusses während seiner Amtsperiode vom 25. April 2018 bis zum 7. Ordentlichen Bezirksdelegiertentag in Berlin vom 26. bis zum 28. April 2022 kommt der Kontrollausschuss seiner Berichtspflicht nach.

### 1. Personelle Besetzung

Der Kontrollausschuss besteht gemäß § 26 Abs. 1 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen des Bezirks Bundespolizei aus je einem Mitglied der bestehenden Direktionsgruppen. Für die Wahrnehmung der dem Kontrollausschuss obliegenden Aufgaben nominierten die bestehenden Direktionsgruppen beim 6. Ordentlichen Delegiertentag vom 23. bis zum 25. April 2018 in Berlin nachfolgende Mitglieder:

BZG Zoll	Kollege Martin Hollnburger
DG Baden-Württemberg	Kollege René Coburger
DG Koblenz	Kollege Sven Kutschke
DG NRW	Kollege Jürgen Gerdes
DG Berlin Brandenburg	Kollege Dietmar Mußmann
DG Bundesbereitschaftspolizei	Kollege Iven Rupscheit
DG Mitteldeutschland	Kollege Mario Gottschalk
DG Küste	Kollege Knut Ahlborn
DG Hannover	Kollege Dirk Steinert
DG Bundespolizeiakademie	Kollege André Philipp
DG Bayern	Kollege Stefan Kurbel
DG Flughafen Frankfurt am Main	Kollege Christian Hein
DG Präsidium	Kollegin Waltraud March

In der am 25. April 2018 durchgeführten konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses wurden gemäß § 26 Abs. 3 der Satzung der GdP folgende Funktionen gewählt:

Vorsitzender	Kollege Mario Gottschalk
Stellvertretender Vorsitzender	Kollege Jürgen Gerdes
Schriftführer	Kollege Dirk Steinert
Stellvertretende Schriftführerin	Kollegin Waltraud March

Während der laufenden Amtszeit haben sich vier Wechsel einzelner Mitglieder und Funktionen des Kontrollausschusses ergeben. Gründe hierfür waren, dass Mitglieder des Kontrollausschusses aus persönlichen Gründen ausgeschieden sind bzw. gemäß § 26 Abs. 2 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen des Bezirks Bundespolizei ihr Kontrollmandat nicht mehr ausüben konnten. Durch die Wahl von Jürgen Gerdes zum Vorsitzenden der Direktionsgruppe Nordrhein-Westfalen schied dieser satzungsgemäß aus dem Kontrollausschuss aus. Von der Direktionsgruppe wurden die Funktionen durch den Kollegen Frank Schneiderei nachbesetzt und durch den Bezirksbeirat bestätigt. In der Sitzung des Kontrollausschusses am 21. September 2020 in Potsdam wurde der Kollege Sven Kutschke (Direktionsgruppe Koblenz) zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Durch das Erreichen des gesetzlichen Ruhestandsalters legte der langjährige Vorsitzende, Kollege Mario Gottschalk, am 3. Dezember 2020 sein Amt im Kontrollausschuss nieder. Der Kontrollausschuss bedankt sich an dieser Stelle für die durch Mario in der Vergangenheit geleistete Gewerkschaftsarbeit in allen Gremien!

Gewerkschaft der Polizei  
Bezirk Bundespolizei  
Kontrollausschuss



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Bundespolizei

Die Geschäftsführung wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen Sven Kutschke, wahrgenommen. Dadurch war stets die volle Handlungsfähigkeit des Plenums gewährleistet.

Der Kollege Toralf Kirsten (Direktionsgruppe Mitteldeutschland) wurde als Nachrücker für den Kollegen Mario Gottschalk entsandt und durch den Bezirksbeirat bestätigt.

In der am 18. Januar 2021 durchgeführten Videokonferenz des Kontrollausschusses wurden der Kollege Sven Kutschke (Direktionsgruppe Koblenz) zum Vorsitzenden und der Kollege René Coburger (Direktionsgruppe Baden-Württemberg) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Wahl wurde nach dem Lockdown in der Präsenzsitzung des Kontrollausschusses in Hamburg am 21. Juli 2021 bestätigt.

### 2. Aufgabenstellung des Kontrollausschusses nach der Satzung

Die Gewerkschaft der Polizei hat die Aufgaben und Befugnisse des Kontrollausschusses im § 26 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen für den Bezirk Bundespolizei verankert. Hierunter fallen insbesondere:

- Die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Beschlüsse des Bezirksdelegiertentages und der satzungsgemäßen Arbeit der Organe des GdP-Bezirks Bundespolizei
- Die Prüfung von Beschwerden über die Organe des GdP-Bezirks Bundespolizei
- Die Entgegennahme der Kassenprüfberichte

### 3. Arbeit des Kontrollausschusses

In der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß § 26 Abs. 9 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen für den Bezirk Bundespolizei trat der Kontrollausschuss im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen (davon pandemiebedingt eine Videokonferenz) zusammen.

Auf entsprechende Einladung standen der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek, und sein Amtsnachfolger Andreas Roßkopf sowie sein Stellvertreter, Sven Hüber, zur Beantwortung spezieller Fragen der Mitglieder des Kontrollausschusses zur Verfügung.

Ebenso standen die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle und auch des GBV jederzeit zur Verfügung, wenn es um die Aufklärung von Sachvorgängen ging.

### 4. Rechtsschutzangelegenheiten

In zwölf Fällen befasste sich der Kontrollausschuss seit dem letzten Delegiertentag mit durch die Rechtsschutzkommission abgelehnten Rechtschutzanträgen von Mitgliedern. Es handelte sich hierbei um Angelegenheiten, die sich bereits auf einschlägige Gerichtsurteile stützten und keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, wenn es zu einem Gerichtsverfahren gekommen wäre.

Auch handelte es sich um Rechtschutzanträge, die rein privater Natur waren bzw. um formale Fehler bei der Antragstellung (zum Beispiel Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes ohne vorherige Zusage von Rechtsschutz durch die Rechtsschutzkommission).

Eindeutig und unstrittig aus Sicht des Kontrollausschusses waren die mehrheitlichen Entscheidungen durch die Rechtsschutzkommission. Dies erfolgte durch die hervorragende Arbeit unserer Justiziarinnen sowie unserer Mitglieder der Rechtsschutzkommission.

## 5. Satzungsbeschwerden

Obwohl der Kontrollausschuss laut Satzung und den Zusatzbestimmungen Bundespolizei nicht mehr für Satzungsbeschwerden zuständig ist, hat der Kontrollausschuss die an ihn gerichteten Schreiben bearbeitet, da es sich hier um eine Gemengelage zwischen Satzungsbeschwerden und anderen Meinungsverschiedenheiten handelte.

**5.1** Prüfung der Vorstandswahlen der Kreisgruppe Berlin, bei der entgegen § 14 Abs. 2 der Satzung nicht alle Vorstandsfunktionen im Zeitraum von vier Jahren neu gewählt wurden. Nach eingehender Beratung des Kontrollausschusses hat dieser festgestellt, dass ab 2019 kein legitimer Vorstand im Amt war. Empfehlung einer satzungskonformen Neuwahl und Bestätigung der seit 2019 getroffenen Beschlüsse.

**5.2** Prüfung der Vorstandswahlen der Direktionsgruppe Berlin Brandenburg vom 7. und 8. Oktober 2019 im Kausalzusammenhang mit der unter 5.1 dargestellten Legitimationsfrage der gewählten Mandatsdelegierten der Kreisgruppe Berlin. Hier hat sich der Kontrollausschuss in einer ausführlichen Beratung dafür ausgesprochen, dass die Durchführung der Vorstandswahl der Direktionsgruppe Berlin Brandenburg nicht zu beanstanden ist, da gemäß § 15 der Versammlungsordnung innerhalb von vier Wochen Einsprüche hätten eingelegt werden können. Die Beschwerde nach über einem Jahr der Wahl des DG-Vorstandes konnte somit nicht zu einer Anfechtung der Wahlen führen. Entsprechende Antwortschreiben sind an die Beschwerdeführer versandt worden.

Der Kontrollausschuss hat, trotz eines gewissen Zeitdrucks, diese Feststellungen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und – nach seiner festen Überzeugung – auch im Einklang mit unserer Satzung gehandelt.

Es folgte der Verweis an das Bezirksschiedsgericht, das auf dem Bezirksdelegiertentag 2018 eingerichtet wurde.

## 6. Überwachung der Durchführung / Umsetzung der Beschlüsse vom 6. Ordentlichen Delegiertentag

Die eingereichten Anträge vom 6. Ordentlichen Delegiertentag 2018 in Berlin wurden weitestgehend umgesetzt bzw. sind derzeit noch in Bearbeitung.

Hier wird der Kontrollausschuss darauf achten, dass die angenommenen und in der Bearbeitung noch nicht abgeschlossenen Anträge vom 6. Ordentlichen Delegiertentag in Berlin weiterhin verfolgt werden.

## 7. Kassenprüfbericht

Der Kassenprüfbericht lag vor.

## 8. Zusammenarbeit auf Bundesebene

Die Einladungen zu den Sitzungen des Bundeskontrollausschusses wurden durch den Vorsitzenden des Kontrollausschusses selbst wahrgenommen. Dort fand ein ständiger Austausch mit den Kontrollausschussmitgliedern der Länder statt.

## 9. Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Bezirksvorstand sowie den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle des GdP-Bezirks Bundespolizei

Gemäß § 26 Abs. 6 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei | Zusatzbestimmungen Bezirk Bundespolizei ist der Vorsitzende des Kontrollausschusses oder sein Stellvertreter – oder bei Verhinderung ein zu bestimmendes Mitglied – berechtigt, an den Sitzungen der Organe des GdP-Bezirks Bundespolizei teilzunehmen.

Zu allen Sitzungen erhielt der Kontrollausschuss Einladungen, die grundsätzlich durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter wahrgenommen wurden. Bei den GBV-Sitzungen hatten der Vorsitzende des Kontrollausschusses oder sein Vertreter jederzeit die Gelegenheit, sich einzubringen, Fragen zu stellen sowie Auskünfte einzuholen, die für die Arbeit des Kontrollausschusses notwendig waren.

Für die Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle und des Vorstandes zur Wahrnehmung der obliegenden Aufgaben des Kontrollausschusses können wir uns an dieser Stelle nur herzlich bedanken.

## 10. Schlussbemerkungen

Der Kontrollausschuss bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht dem 7. Ordentlichen Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundespolizei ein gutes Gelingen und gute Beschlüsse für die Zukunft unserer Kolleginnen und Kollegen.

Im Dezember 2021  
für den Kontrollausschuss

Sven Kutschke  
Vorsitzender

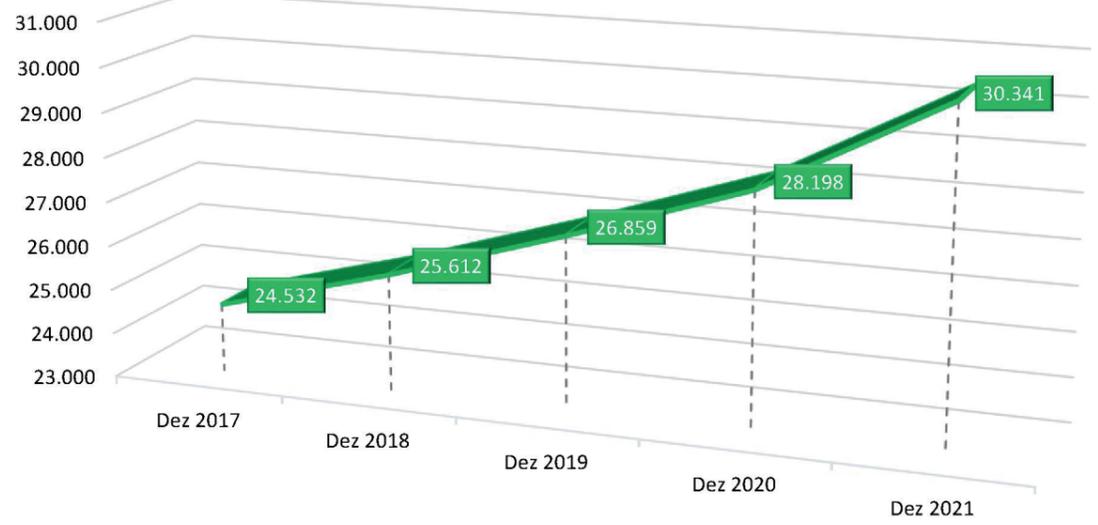
# Mitgliederentwicklung Dezember 2017 bis Dezember 2021



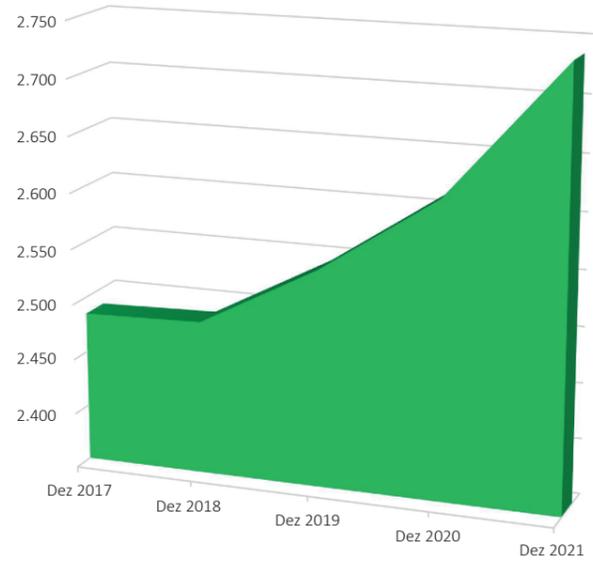
Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

Kein Anspruch auf Vollständigkeit. Alle Angaben trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr.

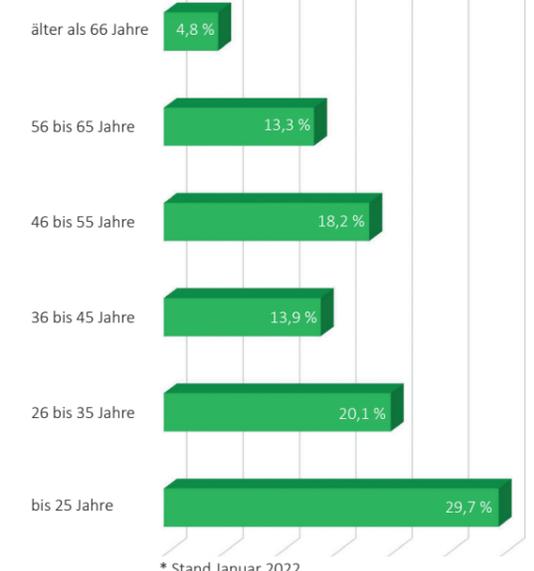
## Mitgliederentwicklung GdP-Bezirk Bundespolizei



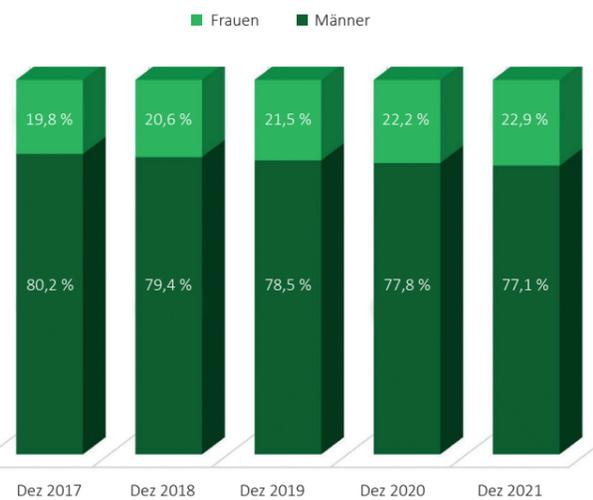
## Mitgliederentwicklung Tarifbereich



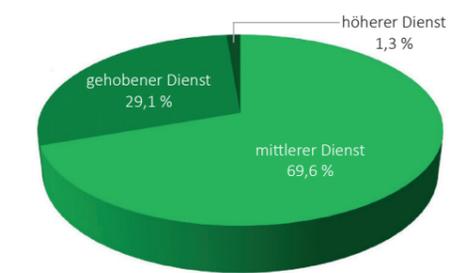
## Prozentualer Mitgliederanteil nach Alter\*



## Prozentualer Mitgliederanteil Frauen und Männer



## Mitgliederanteil nach Beamtenlaufbahnen\*



\* Die angegebenen Prozentzahlen sind jeweils die Durchschnittswerte der Jahre 2017 bis 2021.

**Der Anteil weiblicher Mitglieder im Bezirk stieg von 19,8 Prozent im Dezember 2017 auf 22,9 Prozent im Dezember 2021.**

Alle Grafiken auf dieser Seite: GdP-Bezirk Bundespolizei

Die Mitgliederentwicklung ist im Berichtszeitraum als deutlich positiv zu bezeichnen. Von Dezember 2017 bis Dezember 2021 stieg die Gesamtmitgliederzahl kontinuierlich von 24.532 auf 30.341 Mitglieder an. Wesentlicher Treiber hierfür war die erfolgreiche Werbung der Anwärterinnen und Anwärter, aber auch der Auszubildenden in den Kammerberufen, in Bundespolizei und im Zoll.

Gleichzeitig investierte der Bezirk in die Bestandswerbung und sorgte durch die vielschichtigen Aktionen auch in diesem Bereich für gute Resonanz. Insgesamt kann man feststellen, dass sich sowohl der finanzielle als auch der persönliche Einsatz lohnt und gelohnt hat. Dies zeigt unsere Mitgliederzahl deutlich. Diese hat sich seit Gründung des Bezirks auf nun über 30.000 Mitglieder mehr als verdoppelt.

# Rechtsschutz

## Verfahren der vergangenen Jahre



## Rechtsschutz

### GdP-Bezirk Bundespolizei

Beurteilungen, Beförderungen, Stellenbesetzungen, Zulassungen zum Aufstieg, Arbeitszeiten, Urlaubssperren und Urlaubsverschiebungen, Anerkennung von Dienstunfällen, Pausenabzüge, Trennungsgelder und Reisekosten, Anerkennung von Vorerfahrungen und Stufenfestsetzungen, Strafverfahren wegen vermeintlicher Körperverletzungen im Amt, Angriffe auf Beschäftigte, Schmerzensgeldansprüche und Schadensersatzforderungen, Nichtbestehen von Prüfungen, Zuruhesetzungen, Höhergruppierungen, Stufenlaufzeiten...

Dies sind nur einige Themen aus dem breitgefächerten Bereich des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Mit dem erfreulichen Anstieg der Mitgliederzahlen hat sich in den vergangenen Jahren auch die Anzahl der Rechtsschutzfälle erhöht. Das Team des Rechtsschutzbereichs hat gemeinsam mit der Rechtsschutzkommission\* in den vergangenen vier Jahren rund 2.800 Rechtsschutzanträge bearbeitet und vielen Kolleginnen und Kollegen sowie den Kreis- und Direktionsgruppen durch Rechtsberatung zur Seite gestanden. Die Zusammenarbeit mit der DGB Rechtsschutz GmbH wurde nochmals intensiviert. Auch, wenn naturgemäß nicht alle Büros der DGB Rechtsschutz GmbH gleich gut arbeiten, ist ein überdurchschnittlich positives Resümee zu verzeichnen. Dafür bedanken wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beamtenrechtsschutzkompetenzcenters.

Es wurden in den vergangenen vier Jahren insgesamt 24 Stellungnahmen verfasst, die in vielen Fällen un-

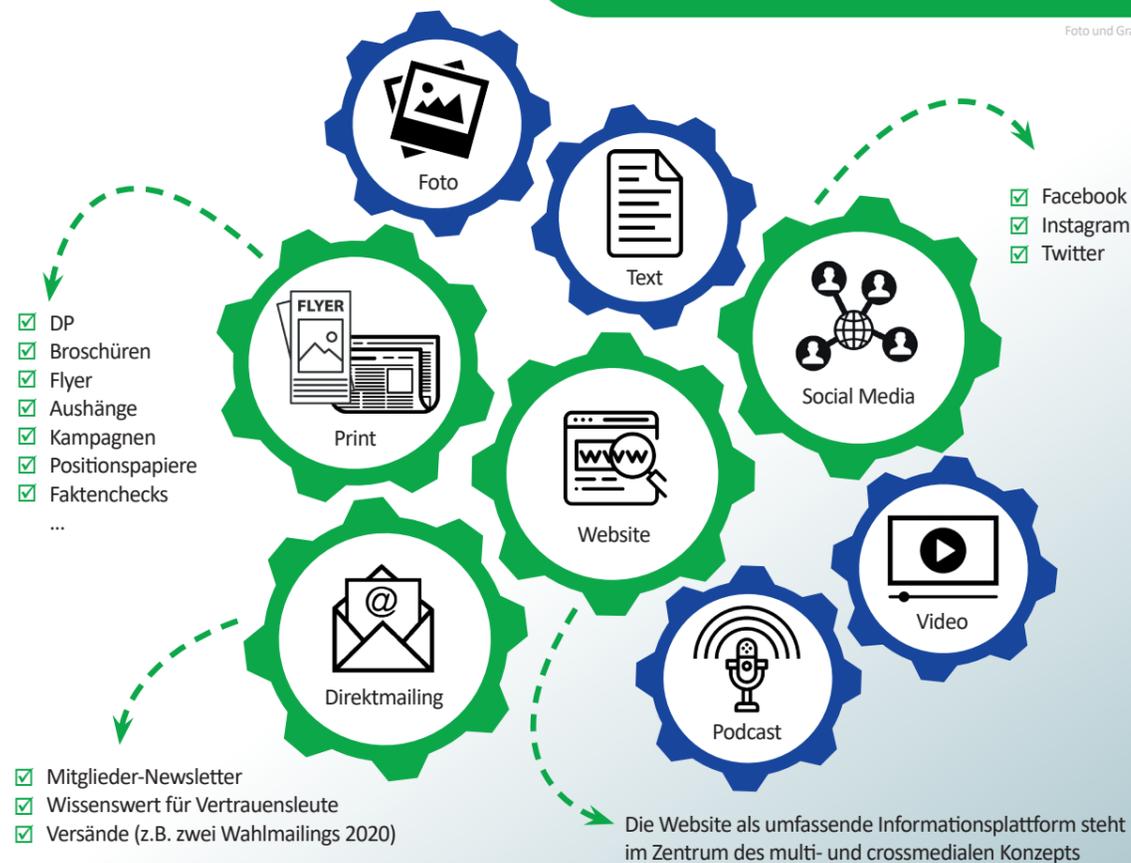
verändert Einzug in die offiziellen DGB-Stellungnahmen an das Bundesministerium des Innern nahmen.

Prägend waren die Fälle zur Arbeitszeitberechnung beim G7-Verfahren, der Pausenabzug bei Krankheit, Urlaub oder Sonderurlaub bei Wechseldienstleistenden, aber auch noch laufende Verfahren zur Anerkennung von Coronainfektionen als Dienstunfall. Bedauerlicherweise nahmen auch die Verfahren zu, in denen Kolleginnen und Kollegen Opfer von Beleidigungen und Körperverletzungen im Einsatz wurden. In diesen Fällen konnte die GdP in nahezu allen Fällen den Betroffenen bei der Durchsetzung der Ansprüche erfolgreich zur Seite stehen und diese Ansprüche über den im Jahr 2016 geschaffenen § 78a BBG auch zur Auszahlung bringen, was in den Jahren zuvor oftmals an der Liquidität der Täter scheiterte.

Mit der großen Einstellungsoffensive und der Coronapandemie sowie der restriktiven Zuruhesetzungs politik der Direktionen haben sich auf diesem Gebiet die Fälle gemehrt. Für die kommenden Jahre gehen wir von einer Erhöhung der Fälle gerade im Bereich der Anwärterproblematiken, aber leider auch von einem Anstieg der Kündigungen im Tarifbereich aus. Durch die Verstärkung des Teams auf der Geschäftsstelle sind wir jedoch sicher, dies auch gut meistern zu können.

**\* Rechtsschutzkommission: Sven Hüber, Erika Krause-Schöne (ab 2020), Etienne Frankenfeld (ab 2020), Andreas Roßkopf (2018 bis 2020), Roland Voss (2018 bis 2020)**





## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Medienstrategie 2018 bis 2021



## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Medienstrategie des GdP-Bezirks Bundespolizei

Der GdP-Bezirk Bundespolizei ist in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einem wichtigen und häufig fragten Gesprächspartner für die Medien avanciert – allen voran die Vorsitzenden. Sowohl Jörg Radek als auch sein Nachfolger Andreas Roßkopf und ebenso Frank Buckenhofer als Vorsitzender der GdP Zoll werden regelmäßig um fachliche Einordnung zu Themen der Inneren Sicherheit gebeten. Im Juli 2021 beispielsweise wurden Pläne bekannt, die Corona-Testpflicht für Urlauber ab August auszuweiten. Zu diesem Thema haben wir in drei Tagen mehr als 70 Presseanfragen an unseren Vorsitzenden Andreas Roßkopf gezählt und beantwortet.

Grundsätzlich wurde die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unseres Bezirks im Berichtszeitraum von 2018 bis 2021 kontinuierlich weiterentwickelt und professionalisiert – seit November 2018 geprägt durch eine neue Zuständigkeit in der Geschäftsstelle. Für einen starken Außenauftritt und zur Unterstützung der Kreis- und Direktionsgruppen stellt der Bezirk zahlreiche Publikationen zur Verfügung – immer konsequent in unserem Corporate Design gestaltet, was den Wiedererkennungswert unserer „Marke“ GdP-Bezirk Bundespolizei deutlich gesteigert hat. Eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit muss immer aus einem Medienmix bestehen (s. Schaubild links oben). Wir arbeiten dabei sowohl multimedial (verschiedene Darstellungsformen) als auch crossmedial (verschiedene Medienkanäle).

Im Zentrum unseres multi- und crossmedialen Konzepts steht die Bezirks-Website. Im Herbst 2018 fand ein Relaunch unseres Webauftritts und der Wechsel unter das Dach der GdP Bund statt. Diese „neue“ Website verzeichnet nunmehr auch bereits seit Jahren sehr gute Zugriffszahlen und liegt dabei nach der Website der GdP Bund in den meisten Monaten auf Platz zwei. Zudem betreuen unsere Direktionsgruppen jeweils eigene Websites.

Einmal im Monat erscheint die GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI (DP). In jeder Ausgabe hat der GdP-Bezirk Bundespolizei acht Seiten in Form des Bezirksjournals zur freien Verfügung. Seit März 2020 erscheint die DP in einem neuen, deutlich zeitgemäßerem und lesefreundlicheren Layout. Feste Bestandteile des Bezirksjournals sind ein Kommentar, meist von unserem Vorsitzenden, Artikel zu gewerkschaftspolitischen Themen sowie Neuigkeiten aus den Untergliederungen. Seit Anfang 2021 schreibt unser Vorstandsmitglied Steffen Ludwar zudem jeden Monat eine Kolumne zum Thema Ausstattung und Bekleidung, die sich großer Beliebtheit erfreut.

Zusätzlich zu den Inhalten auf der Website und in der DP informiert der Bezirk auch mit Hilfe eines monatlichen Mitglieder-Newsletters sowie durch Aushänge, Flyer, Broschüren und umfassende Kampagnen zu wichtigen gewerkschaftlichen Themen. Spätestens seit dem Personalratswahlkampf 2020, der aufgrund der Corona-Pandemie zum Großteil digital geführt werden musste, hat

die Bedeutung unserer Social Media-Auftritte bei Facebook, Instagram und Twitter auch noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen. Um den dort gestiegenen Zugriffszahlen Rechnung zu tragen, wird jedes Thema sofort für verschiedene Publikationswege unterschiedlich aufbereitet – neben der obligatorischen Website- und / oder Pressemeldung auch als Social Media-Beitrag, Aushang für die schwarzen Bretter etc...

Bei Bedarf werden die Untergliederungen auch bei ihrer regionalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Abgerundet wird das Angebot zur Unterstützung unserer Vertrauensleute sowie der Kreis- und Direktionsgruppen durch zusätzliche Informationsmaterialien wie Positionspapiere, Faktenchecks, Handlungsempfehlungen und Argumentationshilfen, die erläuternde Hintergrundinformationen zu gewerkschaftlichen Positionen bieten. Darüber hinaus erstellen die GdP-Fraktionen aus Bundespolizeihauptpersonalrat und Bezirkspersonalrat umgehend nach Ende jeder ihrer monatlichen Sitzungen den Newsletter „Wissenswert“, der jeweils über den Bezirk verteilt wird.



## Bildungsarbeit

### GdP-Bezirk Bundespolizei

**„Über ihre reine Effizienz hinaus hängt die Qualität der Bildung vor allem von den Werten und Zielen im Zusammenleben der Menschen ab.“**

Dieses Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Richard von Weizsäcker ist Spiegelbild der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit unseres Bezirks. Anders ausgedrückt, sind wir der Überzeugung, dass sich unser Handeln an unserer Bildung messen lassen muss – und umgekehrt. Daher ist es erklärtes Ziel unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, das solidarische Miteinander zu stärken und unsere Mitglieder im Sinne dieser Aufgabe sowie zum Wohle ihres Einsatzes für die aktiven Beschäftigten und Ehemaligen in Bundespolizei, Zoll und BAG zu schulen.

Im Berichtszeitraum von 2018 bis 2021 wurde das Bildungsangebot unseres Bezirkes dementsprechend kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut. Waren 2018 noch 36 Schulungen vorgesehen, lag die Zahl für 2021 sogar bei 55 Angeboten. Jedoch wurde der Bildungsbereich in diesem Zeitraum nicht nur durch neue Zuständigkeiten auf Ebene des geschäftsführenden Bezirksvorstands sowie in der Geschäftsstelle geprägt. Vor allem die Corona-Pandemie hatte spätestens ab 2020 teils gravierende Auswirkungen auf die Planungen. So mussten leider viele Seminare – oft kurzfristig – verlegt oder im schlimmsten Fall auch gänzlich abgesagt werden. Für das Verständnis und die Flexibilität aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer gilt es, an dieser Stelle noch einmal Danke zu sagen.

Inhaltliche Schwerpunkte markierten in fast allen Jahren übergreifend Seminare für Personengruppen (insbesondere Neumitgliederseminare für Frauen und junge Kollegin-

nen und Kollegen unter 30 Jahren), BPersVG-Schulungen und Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ (aufgrund der großen Nachfrage erfolgte hier eine Aufstockung auf mittlerweile zehn Veranstaltungen pro Jahr) sowie „Aktiv im Alter“. Auch unsere Israel-Reisen waren und sind fester Bestandteil des jährlichen Bildungsplans. In den Jahren 2019 und 2020 neu angeboten wurden Seminare zum Thema Burnout-Prävention und Konfliktbewältigung, die sehr guten Anklang fanden und auch zukünftig wieder durchgeführt werden sollen. 2021 markierte dann die Seminarreihe „Wir für Euch“ eine Neuerung. Ziel dieser Schulungen war und ist es, die Organisation und Arbeitsweise unseres GdP-Bezirks näher zu bringen sowie Impulse für die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort zu geben. Abgerundet wurden die jährlichen Bildungsprogramme durch verschiedene (Fach-)Schulungen auf Basis von Bedarfsanfragen innerhalb der Untergliederungen.

Neben dem eigenen Schulungsangebot unterstützt der Bezirk auch weiterhin die Durchführung von Seminaren auf Ebene der Direktions- und Kreisgruppen organisatorisch und finanziell. Zu diesem Zweck wurde auch damit begonnen, den Teamer-Arbeitskreis neu aufzustellen. Darüber hinaus koordinieren wir die Anmeldungen zu Bildungsangeboten des GdP-Bundesvorstands.

Als bundesweit organisierter Bezirk sind wir von einem Mehrwert analoger (Bildungs-)Veranstaltungen im Sinne des innergewerkschaftlichen Austausches und des persönlichen Kennenlernens überzeugt. Die digital durchgeführten Sonderschulungen zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) im Herbst 2021 haben aber gezeigt, dass auch dieses Format eine gute Alternative bzw. Ergänzung für die zukünftige Bildungsarbeit darstellen kann.

## Bildungsarbeit

### Entwicklung der Jahre 2018 bis 2021



Foto: GdP / Matthias Seidensticker



Foto: GdP / Ernie Herrmann



Foto: Junge Gruppe GdP-Bezirk Bundespolizei



Foto: Junge Gruppe GdP-Bezirk Bundespolizei



Foto: Seniorengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei



Foto: Seniorengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

Gewerkschaft der Polizei · Bezirk Bundespolizei  
Forststraße 3a · 40721 Hilden · Tel. 0211 7104-0 · Fax: 0211 7104-555  
[gdp@gdp-bundespolizei.de](mailto:gdp@gdp-bundespolizei.de) · [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)